

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschaftspolitik

REIHE "WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKURSE"
Nr. 3

Modernisierung der Wirtschaft in der DDR
am Beispiel des alten Industrieraumes
Chemnitz

- Erfordernisse und Möglichkeiten -

Eine Konferenz
des Vereins für Politische Bildung und Soziale Demokratie (DDR)
und der Friedrich-Ebert-Stiftung
am 19.06.1990 in Chemnitz

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNG	3
1. Bestandsaufnahme der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der DDR und in ihrem Bezirk Chemnitz	5
1.1. Wirtschaftliche Grunddaten für die Region Chemnitz	5
1.2. Bewußtsein und Motivation der Bevölkerung im Wirtschaftsprozeß	9
1.3. Staatliche Steuerung des Produktionsprozesses	11
a) Struktur der Kombinate, Organisation und Zusammensetzung	11
b) Die Preispolitik des Staates und das staatliche Außenhandelsmonopol	13
c) Produktivität, Lohnpolitik und versteckte Arbeitslosigkeit	14
1.4. Staatliche Standort- und Flächenpolitik	15
a) Zentrale Entscheidungsstrukturen bei der Territorialplanung	16
b) Die faktische Flächennutzung und Ansiedlung von Betrieben auf lokaler Ebene	17
2. Möglichkeiten der Modernisierung der Wirtschaft in der DDR und Ihrem Bezirk Chemnitz	18
2.1. Grundvoraussetzungen der Modernisierung	19
2.2. Privatisierung und Umstrukturierung der Kombinate und Betriebe	20
a) Privatisierung und Entflechtung	20
b) Veränderung der Sektorstruktur	22
2.3. Organisation der strukturpolitischen Akteure in der Region	24
a) Aufgabe der Länder Strategieentwicklung, Mittelbereitstellung,	25
b) Kommunale Wirtschaftspolitik: Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte, Kooperation und Koordinierung	27

2.4. Instrumente und Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik	29
a) Entwicklung von Planungsgrundlagen	30
b) Förderung der Infrastruktur	31
c) Qualifizierung der Arbeitskräfte	32
d) Kapitalhilfen für Unternehmen	35
e) Boden-, Flächen- und Ansiedlungspolitik	39
f) Beratungsleistungen: Informations- und Technologietransfer	41
g) Nutzung der Potentiale der DDR und der Region Chemnitz, Informations- und Imagepolitik	44
3. Zusammenfassung und Ausblick: Chancen für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft	45
GESPRÄCHSLEITUNG UND REFERENTEN	50

VORBEMERKUNG

Die dringend notwendige Modernisierung der DDR-Wirtschaft, verbunden mit Übernahme des bundesdeutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft, wirft erhebliche Probleme auf. Tiefgreifende Struktureinbrüche und massive Beschäftigungsfreisetzungen mit der Gefahr sozialen und politischen Sprengstoffs zeichnen sich ab, ohne daß sich verläßlich sagen ließe, welche Zeit der Umstrukturierungsprozeß in Anspruch nehmen wird.

Es geht darum, die Rahmenbedingungen für eine umfassende Privatisierung zu schaffen, damit sich das angestrebte System der Marktwirtschaft so rasch wie möglich durchsetzen kann. Zu den wichtigsten Reformansatzpunkten zählen die Entflechtung und Privatisierung der Kombinate und volkseigenen Betriebe und die Klärung der Eigentumsfrage. Die marktwirtschaftliche Erneuerung setzt vor allem aber eine Änderung praktisch aller wirtschaftlichen Verhaltensweisen bei den Menschen der DDR voraus, die sich als Folge des zentral ausgerichteten Planungs- und Handlungssystems ergeben haben.

Die Zukunftschancen einzelner Räume in der DDR hängen darüber hinaus von regionsspezifischen Voraussetzungen ab. Von entscheidender Bedeutung ist die regionale Branchenstruktur, wird doch der Wandlungsprozeß von der Plan- zur Marktwirtschaft von einem umfassenden sektoralen und branchenspezifischen Strukturwandel begleitet. Auf den regionalen und lokalen Aktionsebenen kommt es darauf an, ein in organisatorischer Hinsicht effizientes System der Wirtschaftsförderung aufzubauen und regionale Entwicklungskonzepte zu erstellen, die sich an den Potentialen der Regionen orientieren. Unerläßlich sind flankierende Maßnahmen zur Qualifizierung der Arbeitnehmer.

Bei den verantwortlichen Akteuren in der DDR herrscht ein großer Informationsbedarf über das marktwirtschaftliche System und den einzuschlagenden Weg. Angesichts der Größe und historischen Einmaligkeit der gestellten Aufgabe sind aber auch ihre westdeutschen Kollegen - wollen sie beratend tätig sein - auf mehr Hintergrundwissen angewiesen.

Um hier eine Lücke zu schließen, haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihre Partnerorganisation in der DDR, der Verein für Politische Bildung und Soziale Demokratie, am 19.6.1990 in Chemnitz eine Fachkonferenz mit dem Thema "Modernisierung der Wirtschaft der DDR am Beispiel des alten Industrieraumes Chemnitz - Erfordernisse und Möglichkeiten -" veranstaltet, auf der über Möglichkeiten zur Lösung der Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme in der

DDR diskutiert und beraten wurde. Ziel der Konferenz war es auch, die Umstrukturierungsmöglichkeiten der DDR-Wirtschaft möglichst konkret, d.h. - am Beispiel des Raumes Chemnitz - regions- und branchenspezifisch herauszuarbeiten. Teilnehmer der Tagung waren Akteure und Experten aus Wirtschaft, Politik, Administration, Gewerkschaften und Wissenschaft beider deutscher Staaten, wobei die Praktiker auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung besonders zahlreich vertreten waren.

Die vorliegende Broschüre faßt die Referate und Diskussionsbeiträge dieser Konferenz thematisch gegliedert zusammen. In der Broschüre wird zunächst in einem ersten Teil auf wichtige Ausgangstatbestände und Reformansatzpunkte eingegangen. Diese Bestandsaufnahme beginnt mit einem kurzen Überblick über wirtschaftliche Grunddaten in der Region Chemnitz. Die Ausführungen in den folgenden Kapiteln beziehen sich auf die Situation in der gesamten DDR, werden jedoch soweit möglich, anhand der spezifischen Lage im Raum Chemnitz konkretisiert. Im zweiten Teil stehen die Maßnahmen und Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund. Breiten Raum nimmt auch die wichtige Frage ein, wie Wirtschaftsförderung unter organisatorischen und konzeptionellen Gesichtspunkten sinnvoll und effizient zu gestalten ist. Den Abschluß bildet eine Zusammenfassung der wichtigsten Reformaspekte, aber auch der Standortvorteile und Potentiale der DDR, und ein Ausblick auf Chancen für die Modernisierung und den Neuanfang der DDR-Wirtschaft.

Mit der Konzeption und Durchführung der Konferenz war Diplom-Ökonomin Hannelore Neumann betraut, Verfasser dieses Tagungsberichtes ist Diplom-Volkswirt Thiemo W. Eser von der Universität Trier.

Bonn, September 1990

Dr. Jochem Langkau

1. Bestandsaufnahme der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der DDR und ihrem Bezirk Chemnitz

Die dringend notwendige Modernisierung der Wirtschaft in der gesamten DDR und im Bezirk Chemnitz, verbunden mit der Übernahme des bundesdeutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft, setzt eine eingehende Bestandsaufnahme des derzeitigen Zustandes voraus. Erst auf Basis einer solchen Analyse läßt sich abschätzen, wo die wichtigsten Ansatzpunkte für Reformen liegen und ob hierbei durchgreifende oder nur graduelle Änderungen erforderlich sind. Erst dann lassen sich auch Aussagen darüber treffen, welche Branchen und Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen noch wettbewerbsfähig sind und welche den Sprung in die neue Zeit wohl nicht schaffen werden.

Für die Zukunftschancen der Region Chemnitz sind hierbei zum einen regions-spezifische Faktoren von Belang, in erster Linie die Branchenstruktur, aber auch zum Beispiel ihre infrastrukturelle Versorgungslage. Zum anderen spielen die für die gesamte DDR bzw. eine sozialistische Planwirtschaft geltenden Strukturen und Ausgangstatbestände eine Rolle. Dabei geht es nicht nur einfach um die Abschaffung der zentralen Steuerung des Wirtschaftsgeschehens, insbesondere des staatlichen Preisdiktates, oder um die Entflechtung und Privatisierung der Kombinate und volkseigenen Betriebe. Die grundlegende marktwirtschaftliche Erneuerung setzt vielmehr eine Änderung praktisch aller Verhaltensweisen in der DDR-Bevölkerung voraus, die sich als Folge des zentral ausgerichteten Planungs- und Lenkungssystem ergeben haben.

Auf jene Ausgangstatbestände und Reformansatzpunkte, denen in der Konferenz ein besonderes Gewicht beigemessen wurde, wird im folgenden näher eingegangen. Vorangestellt ist ein knapper Überblick über wirtschaftliche Grunddaten in der Region Chemnitz, während sich die Ausführungen in den Folgekapiteln auf die Situation in der gesamten DDR beziehen, wobei jedoch so weit wie möglich eine Problemkonkretisierung anhand der spezifischen Lage im Raum Chemnitz erfolgt.

1.1. Wirtschaftliche Grunddaten für die Region Chemnitz

Chemnitz - aus seiner historischen Entwicklung betrachtet - hat sich unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs bis zum Beginn des zweiten Weltkriegs zu einer Stadt der Textilindustrie und des (Textil-)Maschinenbaus entwickelt und wurde nicht zuletzt deshalb auch das "sächsische Manchester" genannt. Die

schon früh einsetzende Industrialisierung führte zu den für alte Industrieräume in westlichen Volkswirtschaften bekannten Charakteristika:

- hohe Bevölkerungsdichte
- starke Abnahme der Bevölkerung durch relativ niedrige Fruchtbarkeitsraten sowie durch einen hohen negativen Wanderungssaldo
- überdurchschnittlicher Anteil an Industriebeschäftigten

Mit 48% (DDR 41%) wies die Region Chemnitz 1989 den höchsten Prozentsatz an Industriebeschäftigten und mit 302 Einwohnern pro km² (DDR: 154) nach Berlin die zweithöchste Bevölkerungsdichte innerhalb der DDR auf.

Im Vergleich zur Bundesrepublik fällt der niedrige Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Chemnitz wie auch in der gesamten DDR ins Auge. Der sogenannte "nicht produzierende Bereich" (vgl. Tabelle 1 und 3) stellte in Chemnitz 1989 nur 17,8% aller Beschäftigten, wobei auf den Dienstleistungsbereich im engeren Sinne (Banken, Versicherungen etc.) nur 16.000 oder 4,6% aller Arbeitnehmer entfielen. In der Bundesrepublik waren 1988 hingegen 36,3% der Arbeitnehmer im "nicht produzierenden Bereich" beschäftigt, darunter allerdings 16,1% beim Staat. Handel und Verkehr sind in Chemnitz mit rund 15% aller Beschäftigten vertreten, in der Bundesrepublik lag die Anteilsquote bei 18,6%.

Auf den Ausbau des Tertiärsektors werden daher große Hoffnungen bei der anstehenden Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft gesetzt. Das Defizit der DDR im Tertiärsektor ist jedoch geringer als es bei einem Vergleich mit der Bundesrepublik anhand der verfügbaren statistischen Daten zunächst erscheinen mag. In der DDR werden produktionsorientierte Dienstleistungen - nicht zuletzt wegen Erzielung eines hohen Selbstversorgungsgrades bzw. geringen Abhängigkeitsgrades von externen Betrieben - überwiegend direkt in den Industriebetrieben erbracht und statistisch dem Industriesektor zugeordnet, während in der Bundesrepublik der produktionsorientierte Tertiärsektor in hohem Ausmaß organisatorisch selbstständig ist. Allgemein sind einem exakten statistischen Vergleich der Wirtschaftsstruktur von DDR und Bundesrepublik, bedingt durch abweichende Erhebungskonzepte und abweichende Definitionen der Erhebungskategorien, enge Grenzen gesetzt.

Tab. 1: Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen im Bezirk Chemnitz 1989

	absolut	i.v.H.
Industrie	458.000	47,9
Bauwirtschaft	55.000	5,7
Land- und Forstwirtschaft	57.000	6,0
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	55.000	5,7
Handel	88.000	9,2
Produzierendes Handwerk	45.000	4,7
Nichtproduzierende Bereiche	170.000	17,8
Sonstige Bereiche	29.000	3,0
Gesamt	956.000	100,0

Tab. 2: Berufstätige in der Industrie nach Sektoren im Bezirk Chemnitz 1989

	absolut	i.v.H.
Maschinen- und Fahrzeugbau	144.000	31,4
Elektrotechnik und Elektronik	53.000	11,5
Chemische Industrie	12.000	2,6
Leichtindustrie	82.000	17,9
Lebensmittelindustrie	18.000	3,9
Metallurgie	13.000	2,8
Textilindustrie	120.000	26,3
Energieindustrie	9.000	2,0
Baumaterialindustrie	5.000	1,1
Wasserwirtschaft	2.000	0,5
Gesamt	458.000	100,0

Tab. 3: Berufstätige im nichtproduzierenden Bereich im Bezirk Chemnitz 1989

	absolut	i.v.H.
Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	110.000	64,8
Staatliche Verwaltung, Verbände, Kommunen und Organisationen	16.000	9,4
Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, Wohnungs-, Wirtschaft, Erholungswesen, Touristik, Verkehrs-Transportwesen, nichtproduzierendes Handwerk)	44.000	25,8
Gesamt	170.000	100,0

Die Produktionsstruktur im Bezirk Chemnitz wird noch immer stark geprägt durch die traditionellen Branchen Textil- und Werkzeugmaschinenbau und Textilindustrie. Darüberhinaus ist auch der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und die Elektronik sowie die Leichtindustrie stark vertreten (vgl. Tabelle 2). Die Industriestruktur weist daher einen höheren Diversifizierungsgrad auf als mancher altindustrialisierte Ballungsraum in der Bundesrepublik.

Jeder vierte Berufstätige in der Region arbeitet in der Textilindustrie. Der Bezirk Chemnitz beherbergt 52% der Textilindustrie der DDR. Nach Einführung der Marktwirtschaft wird dieser dominierende Bereich für den Bezirk Chemnitz zum herausragenden Problem werden. Erinnerung sei an die starken Schrumpfungs- und Umstrukturierungsprozesse, welche die westdeutsche Textilbranche angesichts der Konkurrenz aus den Schwellen- bzw. den Niedriglohnländern in der Vergangenheit vollziehen mußte.

Der Maschinenbau gilt nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten aus der Region als eine der weniger gefährdeten Branchen, da hier auf eine lange Tradition zurückgeblickt werden kann. Allerdings sind die Verknüpfungen des Maschinenbaus mit den neuen Technologien (Computer Aided Manufacturing) noch wenig ausgebaut. Daß im Fahrzeugbau eine grundlegende Umstrukturierung vonnöten ist, steht außer Frage. Der nicht mehr zeitgemäße Zweitaktantrieb bei Personenkraftwagen mit ihren Karosserien, die nicht einmal geringen Sicherheitsansprüchen genügen, müssen ersetzt werden. Hier stehen bekanntlich schon die ersten Projekte der Zusammenarbeit mit Automobilfirmen aus der Bundesrepublik, z.B. zwischen dem Volkswagenwerk und dem Ifa-Kombinat, an.

Internationale Produktivitätsvergleiche im allgemeinen und Leistungsvergleiche zwischen der DDR und der BRD im besonderen sind außerordentlich schwierig und verbinden sich mit großen Meßproblemen und Interpretationsschwierigkeiten. Im Falle der DDR ergeben sich besondere Probleme, weil die Preise in der Industrie wie auch beim Konsum politisch festgelegt waren und insofern als Grundlage für Produktivitätsberechnungen ausscheiden. Je nach Industriebereich und je nach Meßkonzept wird die Produktivität in der DDR auf 30 bis 60% des bundesdeutschen Niveaus geschätzt. Ein Vertreter eines Oberbekleidungskombinates bezifferte die Produktivität in dieser Branche beispielsweise in "Kleidungsstücke/Beschäftigte pro Jahr" und schätzte damit eine ca. 30% niedrigere Produktivität als in Westdeutschland. Sowohl die Qualität der Produkte als auch der geringere Arbeitseinsatz pro Jahr infolge der kürzeren Jahresar-

beitszeit der Beschäftigten in der Bundesrepublik blieben dabei unberücksichtigt. Innerhalb der DDR liegt die Region Chemnitz hinsichtlich der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität der Industrie im Mittelfeld.

Die Infrastruktur der Region Chemnitz wie der gesamten DDR ist in quantitativer aber noch mehr in qualitativer Hinsicht gemessen an westdeutschen Maßstäben außerordentlich rückständig. Der Bezirk Chemnitz hält sich im Bereich der Verkehrsinfrastruktur mit der höchsten Eisenbahn- und Straßenkilometerdichte der DDR noch relativ gut. Neuralgische Punkte sind insbesondere die Versorgung mit Telefonen (nur 25,5 Telefone je 100 Einwohner) und die Qualität der Telefonnetze. Hinreichend bekannt sind die Probleme der Entsorgung. Der Zuwachs des Wohnungsbestands stagniert zwar in den letzten Jahren, die Region verfügt jedoch über eine in der DDR relativ niedrige durchschnittliche Zahl von Personen je Wohnung.

Bezüglich der Flächennutzung besteht im Bezirk eine besondere Nutzungskonkurrenz. Zum einen existieren hohe Belastungen der Umwelt durch starke industrielle Nutzung sowie Aktivitäten des Bergbaus, zum anderen gehören 22% der Fläche zu den Erholungsgebieten (Obererzgebirge). Auch wegen der Nähe dieses Gebirges gehören 15% der Fläche zum Trinkwasserschutzgebiet. Die Schäden aus dem Bergbau sind gravierend und betreffen ca. 55% der Gemeinden des Bezirks. Ein weiteres Gefährdungspotential stellt die hohe Anzahl von Halden dar, die zum Teil aus dem Abbau von radioaktivem Material stammen und deshalb eine hohe Strahlung aufweisen. Ferner sind allein im Bezirk Chemnitz 620 Hohlräume unter den Gemeinden registriert, die von ehemaligen Erzgruben stammen und zum Einsturz neigen. Insgesamt sind die Industrieflächen im Raum weit zersplittert, was auf eine fehlende stringente Flächennutzungsplanung zurückzuführen ist.

1.2. Bewußtsein und Motivation der Bevölkerung im Wirtschaftsprozeß

Neben den "harten" Produktionsfaktoren sind wie eingangs betont auch "weiche" (schwer quantifizierbare) Faktoren wie die Einstellung der Wirtschaftssubjekte zum Wirtschaftsgeschehen und der Grad der Eigeninitiative und -verantwortung maßgeblich für die Effizienz und Produktivität des wirtschaftlichen Prozesses. Gerade bei einer gesellschaftlichen Umstrukturierung rücken die weichen Faktoren besonders in den Vordergrund. Viele Teilnehmer der Konferenz betonten, daß durch die sozialistische Planwirtschaft die Übernahme von Verantwortung und damit die Eigeninitiative zugunsten politischer

Interessen verhindert wurden. Die Entwicklung der Wirtschaft der DDR in der Zukunft wird entscheidend davon abhängen, ob und wie rasch es den DDR-Bürgern gelingt, sich von den ehemaligen Pressionen zu befreien und zu einem marktwirtschaftlichen Bewußtsein zu gelangen.

Die Vertreterin eines Arbeitsamtes in der Bundesrepublik wies auf besonders den Stellenwert der Eigeninitiative für eine Verhinderung von Arbeitslosigkeit hin. Sie appellierte eindringlich an die verantwortlichen Kräfte in der DDR, die Motivation der Bürgerinnen und Bürger der DDR hinsichtlich des selbständigen und eigenverantwortlichen Handelns zu wecken. Die Menschen in der DDR müßten lernen, die Dinge nicht einfach ihren Lauf nehmen zu lassen, sondern müßten selbst aktiv zu werden, um drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zu diesen notwendigen Initiativen zähle die Gründung neuer Betriebe und vor allem die Wahrnehmung von Angeboten der Arbeitsämter zur Qualifizierung, durch welche die Arbeitsmarktchancen wesentlich verbessert würden.

Eine Vertreterin des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums widersprach diesem Appell entschieden: Es dürfe nicht die Aufgabe einer Gesellschaft bzw. des Staates sein, eine durch einen Staat ruinierte Wirtschaft allein auf den Schultern der Arbeitenden wieder aufzurüsten. Es sei mithin die Aufgabe des Staates, für diese Verfehlungen geradezustehen. Den Beschäftigten müsse durch weitreichende staatliche Maßnahmen erleichtert werden, sich in ein marktwirtschaftlich geprägtes Wirtschaftssystem einzugliedern.

Wenngleich sicherlich in einer Übergangsphase die Haupthilfen vom Staat kommen müssen, bleibt die Erzeugung eines marktwirtschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens bei der DDR-Bevölkerung eine wichtige Aufgabe. Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, daß durch die Zentralverwaltung - verbunden mit Unterdrückung und Abhängigkeit - eine Atmosphäre der Unsicherheit und Angst, ein Mangel der Fähigkeit zur Selbstorganisation und insgesamt eine "Kultur der Abhängigkeit" entstanden ist. Dieses Verhalten, so wurde vielfach betont, könne ein größeres Hemmnis bei der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung bedeuten als Produktivitätsrückstände in den Betrieben.

Ein Indiz für die systematische Unterdrückung der Eigeninitiative stellt die Entwicklung der Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen in der DDR dar. Im Jahre 1946 belief sich ihre Zahl in der DDR auf 2,3 Millionen. Diese Zahl ist auf heute rund 180.000, d.h. 2,1% der Beschäftigten,

gesunken. Zwar nahm in diesem Zeitraum auch in der Bundesrepublik die entsprechende Quote drastisch ab sie betrug jedoch 1988 noch 10,3% der Beschäftigten, wobei die Selbständigen 8,9% ausmachten. Wenn an den Stand der Bundesrepublik angeknüpft werden soll, müßten daher gut 800.000 statt 180.000 Beschäftigte in der DDR eine selbständige Tätigkeit ausüben.

Ein SPD-Politiker der DDR-Volkskammer formulierte es noch drastischer: Das wichtigste Potential der DDR seien die Menschen mit ihrem Willen das Joch der Vergangenheit abzuschütteln. Lange Jahre seien das Kräfte- und Tatenpotential eingengt und mit falschen Parolen manipuliert worden. Der größte Teil der Managementfehler sei aus "dem Mißmanagement in Sachen Bewußtsein" herzuleiten. Durch den Staat sei Jahrzehntelang jedwedes Handeln staatlich verordnet worden, wobei eine Parteioligarchie die Arroganz besessen habe, sich die Fähigkeit der Unfehlbarkeit anzumaßen. Dies müsse nun überwunden werden.

1.3. Staatliche Steuerung des Produktionsprozesses

Der Produktionsprozeß in den Kombinat und volkseigenen Betrieben war "vor der Wende" gegenüber den Unternehmen in der Bundesrepublik in den folgenden drei Bereichen durch zentrale Unterschiede geprägt: Die organisatorische Struktur der Betriebe war durch das staatliche Planungsverfahren anderen Zielen und damit einem anderen Aufbau unterworfen. Für die Produktion von quantitativ zu wenigen und qualitativ den falschen Gütern zeichnet primär die den Betrieben diktierte Preispolitik verantwortlich. Durch das Recht auf Arbeit waren der Steigerung der Arbeitsproduktivität enge Grenzen gesetzt.

a) Struktur der Kombinate, Organisation und Zusammensetzung

Als für die bisherige Organisation und Zusammensetzung der Kombinate besonders prägend wird im allgemeinen die 1972 staatlich verordnete Überleitung der privaten und halbstaatlichen Betriebe in volkseigene Betriebe gewertet. Ziel dieser Umstrukturierung war, alle Phasen der Produktion von Gütern und Gütergruppen in einem Kombinat zusammenzufassen. Dahinter stand die Idee einer zunehmenden Planbarkeit des Produktionsprozesses durch die organisatorische Einbindung der Betriebe und die verbesserte Nutzung der Vorteile durch Massenproduktion. Für die Betriebsstruktur der Region Chemnitz hatte diese Politik folgende Konsequenzen: Während 1971 noch 3.864 Betriebe in der Größenklasse bis 26 Beschäftigte zu verzeichnen waren, sank die Zahl dieser Kleinbetriebe auf nur 120 im Jahre 1987. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der

Betriebe in der Beschäftigtengrößenklasse von 26 bis 100 Beschäftigte von 4.371 auf 522 Betriebe.

Die von der früheren DDR-Regierung durch diese Konzentration erwarteten Vorteile werden sich bei der bevorstehenden Einbindung in eine Marktwirtschaft voraussichtlich zum Teil umkehren. Die entstandenen Kombinate können nicht flexibel genug auf Veränderungen des Marktes reagieren und bieten wegen ihrer Größe ein zu hohes Investitionsrisiko für potentielle Kapitalgeber.

Beispielsweise besteht die gesamte Textilindustrie in der DDR aus sechs Kombinat mit zusammen ca. 220.000 Beschäftigten vorwiegend in der Region Sachsen/Thüringen. Eines dieser Kombinate weist 856 Produktionsstätten mit insgesamt 70.000 Beschäftigten auf. Wird nun im Zuge der Entflechtung etwa die Baumwollspinnerei aus dem Kombinat ausgegliedert, ist diese mit ca. 13.000 Beschäftigten womöglich zu groß und zu unflexibel, um auf dem durch mittelständische Unternehmen geprägten Textilmarkt bestehen zu können. Außerdem scheuen ausländische Interessenten vor einer Kapitalbeteiligung wegen des hohen Investitionsrisikos wahrscheinlich zurück. Der Arbeitgeberkreis Gesamttextil in Frankfurt kommt zu dem Ergebnis, daß die Textilbetriebe der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik im Durchschnitt ca. zehn mal größer sind. In der Textilindustrie der Bundesrepublik ist eine Phase der grundlegenden Umstrukturierung, die weg von der Massenproduktion und hin zu einer Spezialisierung führte, bekanntlich gerade erst abgeschlossen. Dies war die einzig sinnvolle Strategie, weil die Massenproduktion im Textilbereich zunehmend durch Schwellenländer, insbesondere in Ostasien dominiert wird.

Es ist ganz offensichtlich, daß die zentral, "von oben" ausgerichtete Struktur der Betriebe und Kombinate in der DDR keine geeignete Organisationsgliederung für eine Marktwirtschaft darstellt. Folglich kommt es bei der Entflechtung der Kombinate und volkseigenen Betriebe und der organisatorischen Umgestaltung darauf an, den Abteilungen und unteren Hierarchieebenen ausreichende Spielräume und Entscheidungskompetenzen einzuräumen. Im marktwirtschaftlichen System wird bekanntermaßen davon ausgegangen, daß die Informationen über bestimmte Betriebsabläufe, aber auch die Situation auf bestimmten Märkten, nicht durch eine Einheit erfaßt werden können und die Reaktion auf geänderte Entwicklungen und Rahmenbedingungen auch nicht vollständig von der Zentraleinheit steuerbar ist.

b) Die Preispolitik des Staates und das staatliche Außenhandelsmonopol

Eines der Wesensmerkmale der sozialistischen Wirtschaft ist die Preisbildung durch den Staat. Da die Versorgung der Menschen mit existenznotwendigen Gütern im Vordergrund stand, wurden die Preise entsprechend der staatlich fixierten "Bedürfnishierarchie" festgelegt. Das bedeutete jedoch, daß sich die Produktion von Gütern und Dienstleistungen unabhängig von den dabei entstehenden Kosten vollzogen hat. Zwar konnten Konsumgüter zu relativ günstigen Preisen angeboten werden, die Finanzierung dieser Subventionen erfolgte jedoch durch erhöhte Preise im Investitionsgüterbereich. Das Preissystem bemaß sich also nicht an Knappheiten und trug nicht zu einer optimalen Verwendung der begrenzten Ressourcen bei. Folglich wurde das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential nicht in dem erwünschten Maße modernisiert.

Ein zusätzliches Hindernis für die zukünftige Entwicklung wird sein, daß sogar im Außenhandel Subventionen weit verbreitet waren. Werden in der Zukunft die Preise in Orientierung an im Betrieb anfallenden Kosten gebildet, ist auch eine Verschlechterung der Position im Außenhandel zu erwarten. Für die Subventionen im Außenhandel wurden vor allem folgende Begründungen herangezogen:

- Der Außenhandel mit westlichen Ländern war Devisenbringer für notwendige Einkäufe im Westen und lohnte sich nach Ansicht der DDR-Regierung daher für die DDR fast in jedem Fall. Allein um den Außenhandel bei Oberbekleidung mit der Bundesrepublik aufrecht zu erhalten, müßten Schätzungen zufolge heute 25 bis 30 Mio. DM zugeschossen werden. Die Subventionierung der Bekleidungsindustrie ist ein Beispiel dafür, daß vielfach gerade solche Wirtschaftsbereiche gefördert wurden, die in den westlichen Industrieländern zurückgedrängt wurden. Ferner führte die Förderung von Industriezweigen, die wegen notwendiger Devisen für den Export bedeutsam waren, zur Vernachlässigung des Konsumgüter- und Dienstleistungssektors.
- Im Außenhandel mit der Sowjetunion wurden die Preise von der Sowjetunion selbst diktiert, da dort die letztendliche politische und wirtschaftliche Macht der RGW-Staaten lag. Für Oberbekleidung beispielsweise deckten die erhaltenen Preise aus dem Sowjethandel den Ausführungen eines Branchenexperten aus Chemnitz zufolge gerade die Hälfte der Kosten. Sollten hier in der Zukunft die Lieferverträge zu gleichen Konditionen fortgeschrieben werden, müßten Subventionen von ca. 130 Mio. DM nachgeschoben werden.

Die staatliche Preisgestaltung geschah entgegen dem Wissen der verantwortlichen Akteure über die tatsächlichen Kosten der Produktion. Im Gegensatz zu der gängigen Meinung, die Kombinate wüßten nicht um ihre Kostenstruktur, wurde von den Führungskräften dieser Wirtschaftseinheiten bekräftigt, daß sehr wohl genaue Informationen über diese Daten vorhanden waren. Eine Nutzung

dieser Daten zur effizienten Gestaltung des Produktionsprozesses war jedoch wegen der Planvorgaben nicht realisierbar. Ein an der Konferenz teilnehmender Kombinatdirektor unterstrich und machte praxisnah deutlich, daß er durchaus in der Lage ist, eine relativ realistische Einschätzung der Position seines Kombinates hinsichtlich Kostenstruktur und Wettbewerbsfähigkeit zu geben. Er zeigte klar auf, wo jedoch die Grenzen seiner Handlungsfreiheit lagen. Eine Preispolitik durch die Betriebe selbst war allenfalls auf einem quasi zweiten Markt möglich. Dort wurden die Ergebnisse der Planübererfüllung und mühsam aufgebaute "stille Reserven" zum Kauf bzw. zum Tausch dringend benötigter Ersatzteile und Produktionsmittel eingesetzt. Diese "marktwirtschaftlichen" Aktivitäten betrafen jedoch nur einen geringen Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses und spielten insofern nur eine untergeordnete Rolle für die Preisbildung.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem bei der Sanierung der DDR-Wirtschaft stellt der gesamtdeutsche Binnenmarkt bzw. das derzeitige Kaufverhalten der DDR-Bürger dar. War den DDR-Bürgern lange Zeit staatlich verordnet, welche Güter ihnen zum Kauf zur Verfügung standen, so nutzen sie nun die Freiheit der Konsumwahl in vollem Maße. DDR-Waren haben im eigenen Lande einen schlechten Ruf, was dazu führt, daß ihr Absatz - trotz vielleicht niedrigerer Preise - in alarmierender Weise zurückgeht. Am Beispiel eines Kombinates der Oberbekleidung aus dem Chemnitzer Raum wurde dieses Problem in eindrucksvoller Weise illustriert: Anstatt der üblichen 1,5 Mio. Kleidungsstücke konnten für die verbleibende Jahresfrist in diesem Jahr erst 5000 Stück verkauft werden!

c) Produktivität, Lohnpolitik und versteckte Arbeitslosigkeit

Die Löhne der Beschäftigten in der DDR waren bisher nicht entsprechend den Produktivitäten ausgelegt und das Lohnniveau ist daher im Vergleich zur Bundesrepublik relativ gleich verteilt. Durch die Vermischung von staatlicher Planung und wirtschaftlicher Aktivität mußten in den Betrieben Löhne verrechnet werden, die der tatsächlichen Wertschöpfung der verschiedenen Arbeitsplätze durch die jeweiligen Beschäftigten nicht entsprachen. Folge der mangelnden Lohndifferenzierung war die Frustration leistungsbereiter Beschäftigter, die ihre überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft nicht angemessen vergütet sahen.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß Betriebe verpflichtet waren, Arbeitskräfte einzustellen und zu bezahlen, die sie eigentlich nicht benötigten und die damit die Arbeitsproduktivität zusätzlich verringerten. Abgeleitet aus dem Recht auf Arbeit

und dem damit verbundenen Kündigungsschutz war es den Betrieben unmöglich, durch Rationalisierung und hierdurch anfallende Entlastungen Produktivitätszuwächse zu erreichen. Mit Rationalisierungsmaßnahmen verbundene Freisetzungen der Beschäftigten und eine Verringerung der Lohnkosten konnten nicht realisiert werden. Dieses Charakteristikum sozialistischer Politik galt und gilt vielen DDR-Arbeitnehmern sicherlich als wertvolle Errungenschaft, trug jedoch zur Verzögerung der wirtschaftlichen Modernisierung der DDR bei. Unter den Konferenzteilnehmern bestand Einigkeit darüber, daß die Umgestaltung der DDR-Wirtschaft nicht ohne den Abbau personeller Überhänge vonstatten gehen wird. Sehr unterschiedliche Erwartungen bestanden allerdings hinsichtlich des Ausmaßes der zu erwartenden Arbeitslosigkeit.

Der Freisetzungsprozeß war Anfang Juni 1990 schon in vollem Gange, wenngleich damals auf niedrigem Niveau. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Bezirk Chemnitz verdoppelte sich von Anfang bis Mitte Juni, also innerhalb von nur zwei Wochen, auf rund 9000 Personen. Das Arbeitslosigkeitsrisiko betraf besonders die Hochschul- und Fachschulabsolventen sowie die Facharbeiter. Parallel dazu verringerte sich die Zahl der freien Arbeitsplätze um ca. 25% auf 3611, wobei auch hier die Hochschulabsolventen in überproportionaler Weise betroffen waren. Hier ist noch einmal zu betonen: Diese Statistik bezieht sich auf einen Zeitraum von zwei Wochen, und zwar auf einen Zeitraum, der noch vor der Wirtschafts- und Währungsunion liegt, auf einen Zeitraum, in dem erst wenige Kombinate und Betriebe die Umstrukturierung und Entflechtung vollzogen hatten. Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt der DDR ist bekanntlich weit verheerender.

Schon damals bestanden aber bei vielen Branchenexperten keine Illusionen über die zu erwartende Arbeitslosigkeit. So wurde beispielsweise zum Zeitpunkt der Konferenz von Vertretern des Verbandes der Baumwollindustrie Sachsen und Thüringen prognostiziert, daß sich die Anzahl der Arbeitsplätze auch bei Berücksichtigung staatlicher Stützung und Fördermittel allein in dieser Branche innerhalb der nächsten drei Jahre um 50% reduzieren wird! Konkret sind dies 55.000 Arbeitsplätze in der Region Chemnitz.

1.4. Staatliche Standort- und Flächenpolitik

Die Zentralregierung lenkte zusammen mit der staatlichen Planungskommission die Wirtschaft und die Verteilung der Ressourcen im Raum. Sie war mit starken Weisungsbefugnissen gegenüber den unteren Ebenen der Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgestattet. Eine Koordinierung dieser Aktivitäten war zwar auf

kommunaler Ebene vorgesehen, wurde jedoch faktisch unterdrückt. Die Flächennutzung und die Ansiedlungspolitik - wenn die Bezeichnung hier überhaupt zutreffend ist - stellt somit das relativ unkorrigierte Ergebnis des Planungsvermögens zentraler Einheiten auf lokaler Ebene dar.

a) **Zentrale Entscheidungsstrukturen bei der Territorialplanung**

In der Bundesrepublik geht ein wesentlicher Beitrag zur Wirtschaftsförderung von der kommunalen Ebene aus. Den Kommunen obliegen hierbei insbesondere zwei wesentliche Aufgaben:

- die Verteilung von Flächen und die Regelung der raumordnerischen Belange im Zuge der Flächennutzungsplanung und der Baulandplanung;
- die originär wirtschaftspolitische Aufgabe der Ansiedlungspolitik bzw. Bestandspflege von Unternehmen.

Das bisherige System der DDR steht dazu in völligem Gegensatz. Die Abteilung territoriale Planung der staatlichen Planungskommission übernahm die territoriale Koordinierung des volkswirtschaftlichen Planes in Form der Standortverteilung der Produktivkräfte. Die Vorgaben wurden an die Bezirksplanungskommissionen weitergegeben; sie nahmen eine weitere Deduktion der Pläne auf die Kreisebene vor. Der Kreisebene oblagen in erster Linie Durchführungskompetenzen. Jede Ebene der Gebietskörperschaften lenkte außerdem anhand der vorliegenden Pläne die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Betriebe und Einrichtungen.

Die Büros für Territorialplanung auf kommunaler Ebene hatten primär konzeptionelle Aufgaben zu leisten. Sie sollten anhand der lokalen Verhältnisse konzeptionelle Vorgaben für die langfristige Planung der staatlichen Planungskommission schaffen. Die Entwürfe wurden wiederum auf dem umgekehrten Weg über Kreis und Bezirk mit jeweiligen Modifikationen an die oberste Ebene weitergeleitet. Die Büros für Territorialplanung waren jedoch viel zu klein, um dem Anspruch ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Außerdem funktionierte nur der Weg von unten nach oben, nicht jedoch umgekehrt. Insofern konnte die der Territorialplanung gestellte Aufgabe, die Entwicklung zu koordinieren, nur unzureichend erfüllt werden.

Die Koordinierung stand unter verschiedenen Leitlinien. In den 70er und 80er Jahren dominierte die Angleichung der Lebensverhältnisse im Bau- und Woh-

nungsbaubereich, was sich in der verschärften Ausweitung der Plattenbauweise niederschlug. Bis heute gelten Ziele wie die Angleichung der Wohnbedingungen, Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, Industrieansiedlung im ländlichen Raum (wegen der dort vorhandenen Arbeitskräfte), Pflege von Ressourcen im Konflikt mit den Belangen und Anforderungen verschiedener Industriebereiche und Vorrang der Mikroelektronik.

Da jedoch diese Aufgaben wegen des Vorrangs der zentralen Ebene nur unvollständig wahrgenommen werden konnten, blieb die tatsächlich auf der lokalen Ebene realisierte Flächennutzung und Ansiedlung von Betrieben allenfalls Flickwerk, in dem sich die Nutzungskonkurrenzen und nicht aufgelösten Konflikte der Planung widerspiegeln.

b) **Die faktische Flächennutzung und Ansiedlung von Betrieben auf lokaler Ebene**

Die Entscheidungsstrukturen deuten an, welche Prioritäten in der Flächennutzung gegolten haben. Sie richteten sich primär an den pragmatischen Erfordernissen der volkswirtschaftlichen Planung und damit auch an den Wünschen der Kombinate und volkseigenen Betriebe aus. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß eine für volkseigene Betriebe optimale Flächennutzung auch seinen vermeintlichen Eigentümern, dem Volk, zugute käme.

Die durch die zentralen Entscheidungen entstandene Zersplitterung und unter ökologischen und raumordnerischen Gesichtspunkten bedenkliche Nutzung der Flächen ist rückblickend zum Nachteil der DDR-Wirtschaft gewesen und hat sich mehr aus den Schwierigkeiten der umfassenden Planung als aus der Erfüllung betrieblicher Erfordernisse ergeben. Die für die Zukunft vorgegebene Ausgangslage im Chemnitzer Raum und in der DDR zeichnet sich wie bereits eingangs dargestellt dadurch aus, daß viele kleinere Flächen mit stark variierender Qualität bzw. Kontamination vorhanden sind.

Eine rasche Änderung dieser unvorteilhaften Lage ist jedoch nicht zu erwarten. Bis zum 31.12.1990 können DDR-Unternehmen zur Erleichterung des Starts in die Marktwirtschaft Flächen zu Vorzugspreisen von 0,50 - 1,00 DM erstehen. Ein Regierungsbevollmächtigter rief eindringlich zur Annahme dieses Angebot auf. Außerdem wurde der Ruf nach Abbau der Bürokratie laut. Die Behörden könnten die Wirtschaft am besten fördern, so der Regierungsbevollmächtigte, indem sie aufhörten, die Wirtschaft zu behindern. Die zuständigen Ämter sollten sich

darauf beschränken, die Gewerbeanzeigen - bis auf die wenigen genehmigungspflichtigen Gewerbe - entgegenzunehmen. Damit geraten jedoch die Ämter in eine Zwickmühle:

Bis Ende Mai 1990 lagen bei der Stadt Zwickau 145 Anträge auf Flächennutzung für Neugründungen bzw. Erweiterung von Gewerbebetrieben und Unternehmen vor. Bisher wurden 95 Anträge bearbeitet (darunter 50 Gemeinschaftsstandorte ost- und westdeutsche Unternehmen). Bei den Anträgen handelte es sich unter anderem um Warenhäuser, 11 Hotels, 5 Möbelmärkte und 12 Baumärkte bzw. Gartencenter. Die neuen Flächen müßten also fast nur für den Handel bereitgestellt werden. Die wahllose Freigabe von Grundstücken steht jedoch einer ausgewogenen und koordinierten Flächenpolitik entgegen.

Institutionen der Wirtschaftsförderung, wie sie in der Bundesrepublik hinlänglich bekannt sind, beispielsweise Wirtschaftsförderungsämter der Gemeinden, befinden sich in der DDR erst im Aufbau, entsprechende Erfahrungen liegen also nicht vor. Die Entscheidungskompetenz der Kommunen war bislang viel zu gering, um einen nennenswerten Beitrag zur Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik leisten zu können. Der Entwicklung und Ausgestaltung von Institutionen auf kommunaler Ebene wird nach wohl einhelliger Meinung der Konferenzteilnehmer zentrale Bedeutung beim Auf- und Ausbau der Wirtschaft der DDR zukommen.

2. Möglichkeiten der Modernisierung der Wirtschaft in der DDR und ihrem Bezirk Chemnitz

Ein schlüssiges und fertiges Konzept für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft existiert nicht. Erfahrungen liegen nicht vor, denn der Übergang von einem zentral ausgerichteten zu einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem ist historisch ohne Beispiel. Auf der Konferenz wurden vier zentrale Reformaufgaben bzw. -ansatzpunkte herausgestellt und diskutiert. Eine erste Grundvoraussetzung für den Start in die Marktwirtschaft liegt darin, bei den Menschen in der DDR eine positive Einstellung gegenüber dem neuen System zu erwecken, und sie entsprechend zu schulen. Ferner gilt es die Kombinate und volkseigenen Betriebe zu marktfähigen Institutionen umzustrukturieren. Wenn zusätzlich der Staat steuernd in den marktwirtschaftlichen Prozeß eingreifen soll, ist besonders wichtig, wie dies institutionell zu organisieren ist und welche Maßnahmen und Instrumente dafür zur Verfügung stehen. Unter diesen vier wesentlichen Gesichtspunkten werden im folgenden die Möglichkeiten zur Modernisierung der Wirtschaft in der DDR und insbesondere in der Region Chemnitz betrachtet.

2.1. Grundvoraussetzungen der Modernisierung

Allen Teilnehmern der Konferenz war bewußt, daß die Umbruchphase mit starken Arbeitsplatzverlusten verbunden sein wird, die Modernisierung auf das Engagement und die Initiative der Beschäftigten aufzubauen hat und von den Menschen in der DDR neben dem Los der Arbeitslosigkeit viele Opfer abverlangt werden. Diese große Bürde wird von den Betroffenen nur dann getragen, wenn für sie der Nutzen ihrer Einschränkungen deutlich ist. Besonders von den DDR-Vertretern wurde deshalb betont, daß jede Politik nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn sie mit größtmöglicher Transparenz durchgeführt und von breiter Aufklärungsarbeit begleitet ist. Nur dann werden die DDR-Bürger bereit sein, die zu erwartenden Lasten zu tragen.

In diesem Zusammenhang wurde die bundesdeutsche Wirtschaft von seiten einiger Teilnehmer aus der DDR auch zu mehr Zurückhaltung und Sensibilität bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in der DDR aufgefordert, da ansonsten die Gefahr einer Entmutigung der DDR-Bürger drohe. Nicht nur vereinzelt wurden Stimmen laut, daß sich DDR-Firmen im Vergleich zu ihren bundesdeutschen Konkurrenten in mehrfacher Hinsicht benachteiligt fühlen:

- bundesdeutsche Unternehmen bekämen den Vorzug bei der Verteilung von Gewerbeflächen;
- bundesdeutsche Unternehmen wollten zwar ihre Produkte in der DDR absetzen, aber keine Produktionsstandorte in der DDR aufbauen;
- bundesdeutsche Unternehmen wären prinzipiell nur an Grund und Boden interessiert - sie wollten deshalb primär Firmen aufkaufen anstatt zu kooperieren;
- die Bundesdeutschen verfügten über wesentlich mehr Kapital als DDR-Firmen, deshalb könnten sie am Markt für Grund und Boden DDR-Firmen fast immer überbieten.

Eine Demoralisierung durch eine solche Praxis ist aus Sicht der DDR-Politiker zu verhindern. Diese Ansicht wurde jedoch von bundesdeutscher Seite nicht vollständig geteilt. Hier wurde zum Teil die Ansicht vertreten, die DDR habe sich dem Wettbewerb vollständig zu unterziehen. Nur auf diese Weise könne eine schnellstmögliche Umstrukturierung - nämlich unter möglichst vollständigen Wettbewerbsbedingungen - herbeigeführt werden. Es gehöre zum Anpassungsprozeß, daß sich gewisse Ungerechtigkeiten dieser Art einschlichen. Zudem wurde auf die erwähnte Regelung hingewiesen, wonach DDR-Betrieben beim Ankauf von Flächen Vergünstigungen eingeräumt werden.

Den Menschen in der DDR müssen nach Meinung von DDR-Politikern erst grundlegende Tatbestände des marktwirtschaftlichen Kreislaufes aufgezeigt werden. Ihre Unkenntnisse zeige sich beispielsweise daran, daß sie - aus sicherlich in mancher Hinsicht gerechtfertigten Gründen - bevorzugt Westwaren einkauften, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß sich durch ihr Einkaufsverhalten auch ihr eigenes Beschäftigungsrisiko verschärft. Ein Ziel der Politik müsse es daher sein, diese Zusammenhänge auf breiter Ebene transparent zu machen, damit sich vielleicht eine Mentalität im Sinne eines "Buy GDR" entwickelt, die stabilisierende Impulse auf die DDR-Wirtschaft aussendet. Ein bundesdeutscher Teilnehmer schlug am Rande der Konferenz vor, die DDR-Waren mit westlichen Etiketten zu versehen - dann wäre der Absatz in jedem Fall gesichert.

2.2. Privatisierung und Umstrukturierung der Kombinate und Betriebe

Die Umstrukturierung und die Privatisierung der Wirtschaft bezieht sich auf zwei wesentliche Aufgaben, die jedoch nicht unabhängig von einander in Angriff genommen werden können. Zum einen müssen organisatorisch konkurrenzfähige Unternehmen gebildet werden. Dabei ist jedoch noch die besonders schwierige Frage offen, welche Produkte die Betriebe in Zukunft produzieren sollen, um am Markt bestehen zu können. Die Sektor- und Branchenstruktur in den westlichen Industrienationen und deren Entwicklung geben einen ersten Hinweis darauf, in welche Richtung sich die DDR-Wirtschaft zu orientieren hat, wenn sie den Anschluß an den Entwicklungsstand und das Lohnniveau in diesen Ländern erreichen will.

a) Privatisierung und Entflechtung

Zu den ersten Schritten der Modernisierung gehört die Liberalisierung der Wirtschaft nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten. Die Liberalisierung muß sich in der Reform des Eigentumsrechtes, der Besteuerung, der Genehmigungspraxis und sicher auch bei der Flächenplanung und anderen relevanten Bereichen niederschlagen. Ein nicht zu unterschätzender Hemmschuh für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft wurde darin gesehen, daß bislang weder in den Verhandlungen zwischen der DDR-Regierung und der Bundesregierung noch in einem eigenständigen wirtschaftspolitischen Ansatz der DDR-Regierung dieser Punkt ausreichend berücksichtigt wurde. Insofern sei die Zurückhaltung westdeutscher Investoren zum Teil verständlich.

Die seit Anfang der siebziger Jahre forcierte Einbindung der Betriebe in Kombinate führt bei der jetzt vorzunehmenden Entflechtung zu erheblichen Schwierigkeiten. Beispielsweise wurden in der Region Chemnitz insgesamt über 3200 Anträge auf Entflechtung - davon über 2700 auf Reprivatisierung - 36 auf Neugründung sowie 1455 auf die Bildung von Ingenieurbüros bei den zuständigen Stellen eingereicht. Davon wurden jedoch bis zum 15.6.1990 nur 62 Unternehmen und 584 Ingenieurbüros gegründet bzw. nahmen die Antragsteller eine selbständige Tätigkeit auf. Um das Verfahren zu straffen, wird von Seiten der DDR angestrebt, die Änderung des Gesetzes über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen vom 7.3.1990 zu beschleunigen. Weiterhin liegen umfangreiche Pakete von Vorschlägen zur Änderung der Gesetze beim Justiz- und Finanzministerium vor.

Die Umwandlung der ehemaligen Kombinate und volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften ist im Gange, sie erweist sich jedoch als ein äußerst schwieriges Unterfangen. Zu den Aufgaben der beteiligten Akteure zählen:

- Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die aus den Kombinat und volkseigenen Betrieben ausgegliedert bzw. zusammengeführt werden können.
- Klärung der Liquidität und der Finanzierung der künftigen Unternehmen, verbunden mit einer Aufstellung der Bilanz in DM und der Überprüfung der Bewertung der Aktiv- und Passivposten.
- Wahl der geeigneten Organisations- und Rechtsform des Unternehmens bzw. des Unternehmensverbandes.
- Vollzug der Schritte zur Bildung und Registrierung der Kapitalgesellschaften und Regelung der Unternehmensbeteiligung durch inländische oder ausländische Unternehmen.

Der Fortgang des Privatisierungsprozesses wird entscheidend davon abhängen, wie diese schwierigen Aufgaben gemeistert werden können. Am 1. Juni 1990 waren bereits 66 Betriebe in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Eine erste Etappe der Umwandlung bzw. Umstrukturierung soll am 30.6.1990 abgeschlossen sein.

Ungeklärt ist insbesondere die Frage, wer im Rahmen der Privatisierung die Besitzanteile der Unternehmen übernehmen soll. Zwar bleiben in der Regel Teile in Staatsbesitz, es wird jedoch auch befürchtet, daß Betriebsanteile in das Eigentum der ehemaligen Führungskräfte der Kombinate und volkseigenen

Betriebe gelangen. Diese Vorgänge müssen beobachtet werden, um sozialem Unfrieden vorzubeugen.

Privatisierung bedeutet auch die Gründung und Erhaltung von Kleinbetrieben. Bisher wurde die Selbständigkeit einzelner Erwerbspersonen so weit wie möglich verhindert. Nach Aussagen einer Vertreterin des Gewerbeamtes Leipzig ist im Moment die Stimmung unter den bereits vorhandenen Handwerksbetrieben sehr schlecht. Die Unzufriedenheit ist vor allem darin begründet, daß das Betriebsvermögen nur im Werte 2:1 umgetauscht werden kann, durch die freie Preisgestaltung im Ein- und Verkauf zusätzliche Unsicherheiten bestehen und insbesondere durch die Neuordnung der Flächennutzungsplanung und durch die Unsicherheit bezüglich der Besitzverhältnisse bei Grund und Boden veränderte Rahmenbedingungen zu erwarten sind. Folge dieser Unsicherheiten sind Ängste hinsichtlich einer drohenden Zahlungsunfähigkeit durch die Unterbewertung des vorhandenen Betriebsvermögens.

b) Veränderung der Sektorstruktur

Es liegt auf der Hand, daß die Sektor- und Branchenstruktur der DDR-Wirtschaft in Zukunft nicht gehalten werden kann. Notwendig ist die Schaffung von Betrieben mit einer im internationalen Maßstab wettbewerbsfähigen Produktpalette. Allgemein wird wie bereits eingangs erwähnt insbesondere auf eine Ausweitung des Tertiärsektors gesetzt, so wie sie sich in der Bundesrepublik und anderen westlichen Industrienationen in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Erwartet wird eine Expansion von Handelsfirmen, Banken und Versicherungen. Große Wachstumsbereiche sind auch Medien, Kommunikation sowie Transport und Touristik. Auch bei den sogenannten produktionsorientierten Dienstleistungen, also bei Aktivitäten wie Forschung, Entwicklung von Marktstudien, Entwicklung strategischer Unternehmensplanung und Unternehmenskonzepten, wird eine Zunahme erwartet.

In der DDR und so auch in der Region Chemnitz lag, wie weiter oben dargestellt, bisher das Schwergewicht auf der Produktion. Unterrepräsentiert sind Bereiche wie Handel, Spedition und Transport, der gesamte Bereich der Reparaturen von der Gebäudesanierung bis zur Autoreparatur, der gesamte Bereich des Tourismus und der Gastronomie. Im Bezirk Chemnitz betrug beispielsweise der Anteil der im engeren Dienstleistungsbereich Tätigen, wie eingangs herausgestellt, (vgl. Tabelle 3) mit 44.000 bei 5% aller 956.000 Beschäftigten.

Von DDR-Vertretern wurde davor gewarnt, bei der Fixierung auf den Dienstleistungssektor dem amerikanischen Vorbild zu folgen, und die Qualität der Arbeitsplätze außer acht zu lassen. Die in den USA in den letzten Jahren geschaffenen Dienstleistungsarbeitsplätze (in den Haushalten, im Gastronomiebereich, Bring- und Holdienste) gehören bekanntlich zum Niedriglohnbereich. Sie setzen nur geringe Qualifikationen voraus und sind nicht krisensicher. Andererseits können mit Dienstleistungen, deren Qualifikationsniveau und Kapitalbedarf gering sind, am schnellsten neue Arbeitsplätze erzeugt und insofern die drohende Beschäftigungskrise in der DDR abgemildert werden. Die Tagungsteilnehmer aus der DDR betonten jedoch mit Entschiedenheit, daß sie eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors für nicht erstrebenswert halten.

Mit der Zunahme der Arbeitsplätze im tertiären Sektor wird eine relative Verringerung der Arbeitsplätze im sekundären und primären Sektor verbunden sein. Hier sind jedoch zunächst auch statistische Artefakte zu berücksichtigen. Die zum landwirtschaftlichen Sektor gehörenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften liefern z.T. wesentlich weiter veredelte Produkte als die landwirtschaftlichen Betriebe in den westlichen Volkswirtschaften. Insofern müssen bei Vergleichen mit der Bundesrepublik Teile des primären Sektors in der DDR dem sekundären zugerechnet werden. Würden in der DDR - wie dies zu erwarten ist - die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufgelöst und Kleinbetriebliche Strukturen gebildet, fallen die Veredelungsbetriebe wahrscheinlich größtenteils dem zweiten Sektor zu.

Der Wirtschaft in der Region Chemnitz steht bezüglich des sekundären Sektors womöglich ein ähnlicher Strukturwandel wie dem Land Nordrhein-Westfalen seit den 50er Jahren ins Haus. Insofern war es für die Konferenzteilnehmer von großem Interesse, von einem Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung über den in diesem Bundesland abgelaufenen Umstrukturierungsprozeß informiert zu werden.

In der Phase des Wiederaufbaus in den fünfziger Jahren war die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens durch Kohle und Stahl geprägt. Im Rahmen eines tiefgreifenden strukturellen Wandels, der sich nicht nur auf die Montanindustrie bezog, sondern in allen Wirtschaftsbereichen des Landes zu spüren war, mußten seit Anfang der sechziger Jahre ca. 400.000 Arbeitsplätze aus dem Steinkohlebergbau, 100.000 aus der eisenschaffenden Industrie,

330.000 aus dem Baugewerbe und ca. 250.000 aus der Textil- und Bekleidungsindustrie ersetzt werden.

Die regionalen und sektoralen Auswirkungen der Umstellungskrise in Nordrhein-Westfalen zeigen, daß sich die gesamte Industriegesellschaft in einem starken Wandlungsprozeß befindet: Die hochgradig arbeitsteilig organisierte, standardisierte und zentralisierte Massenproduktion verliert an Bedeutung - sie wird durch eine auf flexible Anpassung beruhende Produktion ersetzt. Das bedeutet, daß bestimmte Branchen zwar mehr oder weniger schrumpfen, nicht aber vollständig verschwinden, sondern sich in ihren Produktionsstrukturen veränderten.

Kennzeichnend für diesen Umwandlungsprozeß sind die Zunahme spezifischer, produktionsorientierter Dienstleistungen sowie der Trend zu hochgradig spezialisierten, flexiblen und dezentralisierten Produktionsformen, die mit der Produktion von qualitativ hochwertigen, komplexen und auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen Produkten und Leistungen verbunden sind. In diesem Sinne ist die Situation Nordrhein-Westfalens am Anfang der 60er Jahre mit der jetzigen Situation in der DDR durchaus vergleichbar.

2.3. Organisation der strukturpolitischen Akteure in der Region

Als weiteres Problem stellt sich für die verantwortlichen wirtschaftspolitischen Akteure in der DDR die wichtige Frage, wie Wirtschaftsförderung unter organisatorischen und konzeptionellen Gesichtspunkten am sinnvollsten und effizientesten ausgestaltet sein sollte. Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung nach bundesdeutschem Muster liegen so gut wie nicht vor. Weitgehende Einigkeit bestand zunächst nur darüber, daß der Einfluß der Zentralregierung gering gehalten werden sollte und die unteren regionalen Ebenen, die Kommunen, aber auch die neu zu bildenden Länder in der DDR, mit stärkeren Befugnissen und Entscheidungsvollmachten versehen werden müßten.

Das Referat eines Strukturpolitikers aus dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium über die in diesem Bundesland betriebene Strukturpolitik und die Beiträge zahlreicher Wirtschaftsförderungsexperten aus dem kommunalen Bereich, von Industrie- und Handelskammern oder sonstigen Institutionen boten hier wertvolle Hilfestellung.

a) Aufgabe der Länder: Strategieentwicklung, Mittelbereitstellung

Auf der DDR-Länderebene kann das in Nordrhein-Westfalen entwickelte neue Konzept der Strukturpolitik wichtige Orientierungspunkte liefern. Es ist gekennzeichnet durch einen ganzheitlichen Ansatz, der auf eine ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung des Wirtschaftens zielt. Mit diesem Konzept sollte zugleich dem grundlegenden Strukturwandel in fortgeschrittenen Industrienationen Rechnung getragen werden. Zusätzlich sollten durch die neue organisatorische Ausgestaltung die Verhaltensmuster der Akteure durchbrochen werden.

Die nordrhein-westfälische Strukturpolitik setzt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Bereichen, z.B. im Bereich der Umwelttechnologien, - mit durchaus beachtlichem Erfolge. Diese Erfolge sind in nicht unerheblichem Ausmaß auf einen neuen organisatorischen Rahmen der regionalen Strukturpolitik zurückzuführen:

- Es erfolgte eine weitreichende Dezentralisierung bzw. Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik; es wird davon ausgegangen, daß nur "die Region" weiß, wo ihre Schwächen liegen - nur "die Region" in der Lage ist, aufzuzeigen, welche Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation besonders beitragen. Konsequenterweise wurden daher die unteren regionalen Ebenen aufgefordert, regionale Analysen und Konzepte zu entwickeln, wenn sie in den Genuß von Fördermitteln des Landes kommen wollten.
- Die Koordinierung und Bündelung von Maßnahmen und Instrumenten stellt den Versuch dar, alle vorhandenen Mittel auf ein Ziel zu fokussieren.
- Durch die Kooperation der regional und kommunal verantwortlichen Kräfte (Kommunen, Kammern, Hochschulen, Gewerkschaften etc.) sollen ein regionaler Konsens sowie eine Abstimmung der Träger erreicht werden, die die geplanten Maßnahmen durchzuführen haben.

Im Rahmen dieser "Regionalpolitik von unten" wurden sogenannte Zukunftsinitiativen für die einzelnen Regionen entwickelt. Sie stellen damit das zentrale Konzept für die Politik in einer bestimmten Region dar. In den Zukunftsinitiativen wurde eine sehr breite Auswahl von Instrumenten der regionalen Wirtschaftspolitik eingearbeitet, die an dieser Stelle nur kurz angedeutet, im nächsten Kapitel aber noch ausführlicher diskutiert werden:

- Die Investitionshilfen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur fördern die Bereiche Infrastruktur und private Investitionen zur Errichtung, Erweiterung und Rationalisierung von Betrieben.

Eine Ergänzung dieser Förderung erfolgt zum Teil durch die Landesförderung bzw. durch entsprechende regionale Strukturprogramme der EG.

- Die Mittelstandspolitik umfaßt schwerpunktmäßig die Existenzförderung und die Außenwirtschaftsförderung.
- Die Technologiepolitik konzentriert sich auf den Aufbau von Technologiezentren. Sie dienen dazu, neue Produkte und neue Verfahren zu entwickeln, sowie den Standortanforderungen technologieorientierter Unternehmen entgegenzukommen.
- Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen begleiten den Prozeß der Umstrukturierung von Unternehmen auf der Arbeitskräfte-seite.
- Im Rahmen der Städtebauförderungspolitik lassen sich die Anpassungsprozesse im städtischen Bereich in Richtung auf eine ökonomisch, ökologisch und soziale Erneuerung der Gesellschafts- und der Industriestruktur positiv unterstützen.
- Verschiedene Einzeleinstrumente werden zur Förderung von Umwelttechnologien eingesetzt.
- Eine breite Palette von Instrumenten kommt auch bei der Finanzierung sozialer Begleitmaßnahmen der wirtschaftlichen Umstrukturierung zum Einsatz. Diesen Bereich fördert auch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäische Sozialfond.

Kernpunkt der Strategie ist, daß das Land nicht "von oben" entsprechend seinen eigenen Vorstellungen Geld oder Maßnahmen für die bzw. in den Regionen einsetzt, ohne zuvor eine Abstimmung mit den regionalen Akteuren durchgeführt zu haben, bzw. ohne daß von den regionalen Akteuren kooperativ erarbeitete regionale Entwicklungskonzepte vorliegen. Mobilisierung der Eigenkräfte und des örtlichen Sachverständigen in der Region, Förderung der Kooperation aller regional Verantwortlichen lautet die Devise dieser nordrhein-westfälischen Strukturpolitik neuer Qualität.

Für Nordrhein-Westfalen läßt sich der Erfolg dieser Strategie nach Darstellung des Referenten an wichtigen Indikatoren ablesen. Die Nettoproduktion der Investitionsgüterindustrie wächst derzeit stärker als die des Bundes. Nordrhein-Westfalen nimmt inzwischen in vollem Umfang an der Produktion technologiehaltiger Erzeugnisse teil. Diese Erzeugnisse haben wesentlich zum Außenhandelsüberschuß in Nordrhein-Westfalen beigetragen, der sich von 2,5 Mrd. DM im Jahr 1983 auf 17,7 Mrd. DM im Jahre 1988 gesteigert hat. Weiterhin liegt das Produktionswachstum der technologiehaltigen Produkte deutlich über dem des Bundesgebietes; ähnlich verhält es sich bei dem realen Auftragszugang im Maschinenbau von Nordrhein-Westfalen. Auch steigt die Zahl der Beschäftigten in den mittelständischen Unternehmen Nordrhein-Westfalens seit 1983 stärker als auf Bundesebene. Eine überdurchschnittliche Steigerung ist auch bei der

Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen zu verzeichnen. Diese Zahlen belegen, daß in Nordrhein-Westfalen die bundesweit relativ gute Konjunkturlage in den letzten Jahren noch übertraffen wurde, was von der Landesregierung nicht zuletzt auf das neue Konzept in der regionalen Strukturpolitik zurückzuführen ist.

Die Übertragbarkeit dieses Konzeptes auf die Situation in der DDR hängt jedoch nach Ansicht des Vertreters des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums von einer Reihe von Rahmenbedingungen ab, die in der DDR erst zu schaffen sind:

- Erst auf der Basis einer gleichzeitig wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte umfassenden Erneuerungspolitik ist der Einsatz strukturpolitischer Maßnahmen sinnvoll. Vorausschauende Strukturpolitik ist jedoch bisher bei den Verhandlungen um die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten noch nicht thematisiert worden.
- Noch fehlen funktionierende Landesverwaltungen; sie müssen institutionell wie auch politisch erst aufgebaut werden.
- Die regionalen Kräfte müssen die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstverwaltung besitzen, um den Anforderungen an die Koordinierungs- und Kooperationsprozesse entsprechen zu können.
- Erst auf Grundlage der Bestandsaufnahme über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage durch alle Akteure können regionale Entwicklungskonzepte abgeleitet und mit konkreten Maßnahmen ausgefüllt werden.

Eine verstärkte Beteiligung der Länder der Bundesrepublik an der Formulierung und Konzeption der Aufbauhilfen für die DDR wäre nach Ansicht des Vertreters des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums effizienzsteigernd und sinnvoll, da bei ihnen die entsprechende Erfahrung auf diesem Gebiet vorliegt.

b) Kommunale Wirtschaftspolitik: Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte, Kooperation und Koordinierung

Wie die Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte unter der Beteiligung aller regional- und strukturpolitisch relevanten Akteure auf kommunaler Ebene vor sich gehen kann, wurde unter anderem von Wirtschaftsförderungsexperten aus Hamm und Dortmund anschaulich illustriert. Die praxisnahe Schilderung war insbesondere für die Vertreter der gerade gegründeten kommunalen Wirtschaftsförderungsamter in der DDR, die zahlreich an der Konferenz teilnahmen, von großem Interesse.

Der städtischer Vertreter aus Hamm formulierte dazu ein neues Verständnis kommunaler Aufgaben, das sich auch aus der Realität eines Interkommunalen Wettbewerbs um Unternehmen ergibt. Kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne einer Dienstleistung zur verlässlichen Steuerung der Rahmenbedingungen für Unternehmen gilt in Hamm als das zentrale Stichwort. Vier zentrale Aufgaben müssen demnach von der Kommune wahrgenommen werden:

- **Koordinierung:** Stehen Verhandlungen mit einem Unternehmen bezüglich der Neuansiedlung oder Erweiterung an, erwartet das Unternehmen, daß die verantwortliche Stelle der Stadt, mit der die Verhandlungen geführt werden, über möglichst viele Belange Bescheid weiß oder gar Weisungsbefugnis besitzt. Es erwartet Antworten über die planungsrechtliche Zulässigkeit der Anlagen und Gebäude, die Verfügbarkeit und Preise von Flächen, aber auch die lokale Auslegung der Umweltgesetzgebung und andere Zulässigkeiten. Zwar stellen diese Forderungen nur die Minimalvoraussetzung für Verhandlungen dar, aber sie stellen die verhandelnde Behörde (beispielsweise das Amt für Wirtschaftsförderung) vor größere Probleme. Die ressortmäßige Gliederung der Stadtverwaltung verhindert oft eine schnelle Zusammenstellung aller Informationen aus allen Ämtern. Deshalb muß dieses Amt möglichst nahe beim Oberbürgermeister platziert sein, um die Koordinierungsfunktionen wahrnehmen und die Umstellung der Behörden in Richtung der bestehenden Erfordernisse durchsetzen zu können.
- **Das Produkt:** Die Wirtschaftsförderung muß Flächen zur Verfügung stellen. Die Unternehmen gehen davon aus, daß Ihnen als Vorleistung erschlossene Standorte zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt jedoch voraus, daß die Verfügungsmacht über die Flächen bereits auf die Gemeinde übertragen worden ist. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Finanzkraft der Kommune zum Kauf und der Erschließung der Flächen ausreicht. Auch müssen systematische Bestandsaufnahmen von allen Flächen im kommunalen Einzugsgebiet vorhanden sein. Die Kommune sollte sich klar darüber sein, welche Strategie sie bei der Flächennutzung zugrundelegt. Nur auf diese Weise kann sie auch bestimmte Unternehmen ablehnen und damit eine ungesunde, in der Zukunft hemmend wirkende Industriestruktur verhindern.
- **Leitlinien zur Stadtentwicklung und zur praktischen Wirtschaftsförderung:** Sie sollten nicht Ergebnis einer technokratischen Stadtentwicklungsstrategie darstellen. Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß welche Standortfaktoren wie Freizeitmöglichkeiten, menschengerechte Städte, optische und ökologische Planung im Städte- und Gewerbebau etc. berücksichtigt werden müssen.
- **Kooperation:** Dezentrale Steuerung lebt von der Kooperation - der Planung als demokratischem Prozeß. Wenn alle Beteiligten und Betroffenen bei der Planung mit einbezogen werden, besteht die Möglichkeit, Bedürfnisse wesentlich früher zu erkennen und dementsprechend auch früher zu reagieren.

Im Rahmen einer konzertierten Aktion und im Sinne einer praxisorientierten Wirtschaftsförderung entwickelte in Dortmund das Arbeitsamt gemeinsam mit den Kirchen, dem Amt für Wirtschaftsförderung, der Industrie- und Handelskammer, der Universität, der Fachhochschule und den Unternehmensverbänden die obigen Leitlinien und bestimmte somit zugleich die politischen Ausgangspunkte.

Durch diese klar an der Praxis orientierte Vorgehensweise konnten Verluste durch den parteipolitischen Kleinkrieg verhindert werden. Die Erfahrungen dieser Vorgehensweise zeigen, daß nicht nur die Unternehmensinteressen für eine stabile Entwicklung ausschlaggebend sind, sondern auch Qualifizierung sowie Existenzgründungen in ein Gesamtkonzept mit einbezogen werden müssen. Beispielsweise fällt die organisatorische und finanzielle Begleitung der Kleinstunternehmen bei der Betreuung durch die Industrie- und Handelskammern durch.

In Dortmund wurde die schwere Krise der Firma Hoesch zum Prüfstein der regionalpolitischen Aktivitäten. 20.000 Arbeitsplätze drohte die Krise im Unternehmen selbst und in den Zulieferfirmen zu vernichten. Um das endgültige Aus zu verhindern, fanden sich der Wirtschaftsminister des Landes, der Oberbürgermeister, die Betriebsräte und der Vorstand im sogenannten Dortmunder Konsens zusammen. Dieser entwickelte ein Sanierungskonzept für das Unternehmen und die Stadt zugleich. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung bestand darin, Koordinierungsstellen zu finanzieren und Flächen bereitzustellen. Die starke politische Einbindung der Verhandlungspartner erwies sich als erfolgreiche Strategie, um möglichst schnell Angebote an die Unternehmen zu machen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates wurde die kommunale Wirtschaftsförderung mit breiten Kompetenzen ausgestattet. Das Amt für Wirtschaftsförderung traf seine Entscheidungen hinsichtlich der Stabilität der kommunalen Entwicklung.

Die Übertragbarkeit dieses Konzeptes auf die Verhältnisse in der DDR hängt entscheidend davon ab, ob die regional- und strukturpolitischen Akteure in geeigneter organisatorischer Form miteinander kooperieren. Schwierig wird sicherlich die erste Phase der Erneuerung sein, in der sich die einzelnen wirtschaftspolitischen Akteure in ihre Rollen und Kompetenzen noch nicht eingefunden haben. Dagegen wurde als Vorteil herausgestellt, daß die Strukturen nicht so verhärtet sind, wie dies beispielsweise in Nordrhein-Westfalen in einem Maße der Fall war, daß ein regelrechtes "Durchbrechen von Verhaltensmustern" notwendig war.

2.4. Instrumente und Maßnahmen der Strukturpolitik

Großes Interesse bei den Teilnehmern aus der DDR bestand an den in der Bundesrepublik eingesetzten Maßnahmen und Instrumenten im Bereich der regionalen und lokalen Strukturpolitik, wobei auf der Konferenz natürlich nicht

alle Maßnahmen und Aufgabenbereiche erschöpfend behandelt werden konnten. Energie- und Umweltpolitik im Sinne einer wirtschaftlichen Strukturpolitik wie auch die Stadtentwicklungspolitik und Ver- und Entsorgungsprobleme konnten beispielsweise nicht weiter vertieft werden.

a) Entwicklung von Planungsgrundlagen

Die DDR verfügt im Prinzip über ein gut ausgebautes statistisches System. Zur umfassenden Planung der Volkswirtschaft war dies nötig, wegen der umfassenden Macht des Staatsapparates war dies auch wesentlich leichter möglich als in der Bundesrepublik. Diese Daten könnten zur Modernisierung und zum Aufbau der neuen Wirtschaft in der DDR einen wesentlichen Beitrag leisten. Denn je besser die Planungsgrundlagen staatlicher Strukturpolitik auf allen Ebenen sind, desto gezielter können Maßnahmen und Instrumente eingesetzt werden.

Bekanntermaßen wurden jedoch statistische Daten zur Verschleierung wirtschaftlich ungünstiger und politisch unerwünschter Entwicklungen manipuliert. Insbesondere bei Unternehmen ist eine Neubewertung der vorhandenen Maschinen und Anlagen unvermeidlich, da beispielsweise bereits abgeschriebene Anlagen mehrfach als Aktivposten wieder in die Bilanz aufgenommen wurden, da "sie ja auch noch in Betrieb waren".

Gleiches gilt für die Flächen und Grundstücke, die sich im Besitz der alten Kombinate bzw. der zukünftigen Unternehmen befinden. Diese Flächen sind einer ökologischen und betriebswirtschaftlichen Prüfung zu unterziehen, wobei zu erwarten ist, daß viele Flächen den heutigen Standards und Anforderungen nicht mehr entsprechen. Einige Flächen werden sowohl kontaminiert sein, daß eine Bewirtschaftung durch ein privates Unternehmen ausgeschlossen ist.

Zwar ist in der Statistik eine recht umfassende quantitative Auswertung der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen, Gewerbeflächen, der Bevölkerung und anderer Potentiale festgehalten, allein eine quantitative Erfassung reicht jedoch nicht aus. Deshalb muß unter qualitativen Gesichtspunkten eine neue Bewertung der Potentiale in den Regionen vorgenommen werden. Diese Zahlen könnten dann die Planungsgrundlage für zukünftige Maßnahmen und Instrumente bilden. Sie werden auch unabdingbar sein, wenn nach dem 2. Juli 1990 die raumordnerische Gesetzgebung und Bauleitplanung der Bundesrepublik in der DDR in Kraft tritt. Mit der Festlegung der Flächennutzungsplanung werden dann die

entscheidenden Eckwerte für die regionale Entwicklung gesetzt sein. Sind diese jedoch auf der Grundlage falscher Daten festgelegt, lassen sich irreversible Schäden für die Zukunft nicht ausschließen.

b) Förderung der Infrastruktur

Neben der Privatisierung der Kombinate und der volkseigenen Betriebe wird der Aufbau einer funktionsfähigen, dem Bedarf angepaßten und den westlichen Maßstäben entsprechenden Infrastrukturausstattung im Zentrum der strukturpolitischen Aktivitäten stehen. Allerdings ist die schlechte Infrastruktur ein Problem, das sich über das Gebiet der DDR gleichmäßig hinwegzieht. Der Aufbau eines tragfähigen Fernstraßennetzes fällt in den Bereich der gesamtstaatlichen Kompetenzen. Genauso verhält es sich mit Aufbau eines leistungsfähigen Kommunikationsnetzes durch die zu bildende Gesamtpost. Regionalpolitisch bedeutsam sind die regionalen und lokalen Verkehrsverbindungen, die Versorgung mit Energie, die Entsorgung von Abfällen und Abwässern. Daß gerade im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur das Schwergewicht der Tätigkeiten in der Zukunft liegen muß, war unter den Konferenzteilnehmern aus Ost und West unumstritten.

Als erstes Programm zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur hat das Bundeswirtschaftsministerium zusammen mit den an die DDR grenzenden Bundesländern beschlossen, gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft der DDR ein "Förderprogramm wirtschaftsnaher Infrastruktur im Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik" einzusetzen. Es entspricht faktisch einer spiegelbildlichen Förderung des Zonenrandgebietes auf der Seite der DDR nach den Grundsätzen der "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Kriterien der Förderung sind die Schaffung neuer oder Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze bzw. die Sicherung der Zukunft für das betreffende Gebiet durch die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur. Für das gesamte Gebiet soll ein Mittelvolumen von 400 Mio. DM für Jahre 1990/91 zur Verfügung stehen. Für die Teile des Bezirks Chemnitz, die in den Bereich des Grenzgebietes fallen, stehen ca. 20 Mio. DM zur Verfügung.

Während der Regierungsbevollmächtigte dazu aufforderte, eine Verteilung dieser 20 Mio. DM zu erarbeiten, wehrten dies die bundesdeutschen Vertreter wegen des geringfügigen Betrages ab: Diese Summe habe allenfalls die Bedeutung des berühmten Tropfens auf den heißen Stein. Auch der Hinweis des Regierungsbevollmächtigten darauf, im Jahre 1990 würden 7 Mrd. DM und 1991

10 Mrd. DM zur Verbesserung und Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur bereitgestellt, veranlaßte die westdeutschen Wirtschaftsförderungsexperten nicht zu größerer Zuversicht. Werden die 7 Milliarden auf die einzelnen Regionen der DDR verteilt, ist nach ihrer Ansicht immer noch kein genügendes Kapital zur Sanierung der Infrastruktur vorhanden. Im Vergleich zu den Ausgaben, die von Kommunen in der Bundesrepublik zur Wirtschaftsförderung eingesetzt werden, erscheint dieser Pessimismus durchaus begründet.

Vorbedingung für eine solide Infrastrukturplanung für die Wirtschaft sind jedoch in erster Linie funktionsfähige Kommunen. Insofern ist von besonderer Wichtigkeit, daß die Kommunen schnell ihre Aufgaben und Funktionen wahrnehmen können.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem stellt für die DDR-Regierung in Ostberlin sowie auf Bezirksebene die Verteilung und die Verwaltung der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel für die Infrastruktur dar. Laut Aussagen eines Regierungsbevollmächtigten fehlen den ausführenden Personen sinnvolle Kriterien, anhand derer Prioritäten festzulegen und Projekte auszuwählen sind. Hier wäre direkte Amtshilfe durch Experten aus der Bundesrepublik notwendig und wünschenswert.

c) Qualifizierung der Arbeitskräfte

Besondere Priorität bei der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft haben Aus- und Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. "Qualifizieren statt entlassen" lautet denn auch das verfolgte Konzept von DDR- und BRD-Regierung - schon alleine deshalb, um sozialen und politischen Sprengstoff zu entschärfen. Dabei stellt sich jedoch die Frage, wohin qualifiziert werden soll. Zwar läßt sich global mit einer relativ hohen Treffsicherheit eine Umstrukturierung hin zum tertiären Sektor bzw. zu produktionsorientierten Dienstleistungen hin diagnostizieren, welches konkrete Anforderungsprofil jedoch an die Beschäftigten innerhalb eines ganz bestimmten Betriebes nach der Umstrukturierung gestellt wird, läßt sich im vorhinein nur schwer ermitteln.

Zwar leisten zahlreiche betriebliche und überbetriebliche berufliche Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik, insbesondere die Träger von Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, mittlerweile praktische Hilfestellung beim institutionellen und organisatorischen Aufbau entsprechender Einrichtungen in der DDR sowie bei der inhaltlichen Konzeptionierung der

Qualifizierungsprogramme. Aber auch sie betreten weitgehend Neuland, denn die Ausgangslage ist angesichts des völligen Umbruchs in der DDR eine ungleich andere und schwierigere als in der Bundesrepublik.

Institutionell könnten die ehemaligen Berufsbildungseinrichtungen innerhalb der Kombinate und volkseigenen Betriebe eingesetzt werden. Das Problem liegt jedoch darin, daß Lehrkräfte, die in der Lage sind, die erforderlichen neuen Qualifikationen zu vermitteln, in der DDR sehr rar sind. Auch in der Bundesrepublik mußten zur Umstrukturierung bekanntlich oft geeignete Weiterbildungseinrichtungen in den Betrieben und Unternehmen erst aufgebaut werden.

Ein wesentliches Problem bei der Qualifizierung von Arbeitskräften stellt die Finanzierung dieser Personen während ihrer Umschulungszeit dar. Mit dem 2. Juli tritt die Arbeitsförderungsgesetzgebung der Bundesrepublik in der DDR in Kraft. Durch den Aufbau von Arbeitsämtern nach bundesrepublikanischem Vorbild stehen den Regionen Institutionen zur Verfügung, die breite Erfahrungen mit aktiver Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung nachweisen können. Die Vertreterin eines bundesdeutschen Arbeitsamtes informierte darüber, daß für die Zeit nach dem 2. Juli 1990 Mitarbeiter der westdeutschen Arbeitsämter in die DDR-Arbeitsämter entsandt werden, um ihre Kolleginnen und Kollegen in der DDR in das neue Recht und die Verfahren einzuweisen, aber auch um aufzuzeigen, welche Bandbreiten und Möglichkeiten das im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vorgesehene Instrumentarium in der DDR bietet.

Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem AFG umfaßt vor allem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen in Form von Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung sowie Überbrückungsmaßnahmen wie die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Von besonderem Interesse sind hierbei die Abweichungen gegenüber dem bundesdeutschen Vorbild, die wegen der Besonderheiten der Verhältnisse in der DDR dort vorübergehend gelten:

- Anders als in der Bundesrepublik, wo primär Qualifizierungsmaßnahmen überbetrieblicher Träger gefördert werden; liegt in der DDR eine besondere Priorität bei der Qualifizierung in den Betrieben. Eine Förderung durch Unterhaltsgeld ist anders als bei uns auch dann vorgesehen, wenn der Arbeitnehmer nicht "unmittelbar" von Arbeitslosigkeit bedroht ist.
- Befristet werden auch Maßnahmen gefördert, die in der Bundesrepublik durchgeführt werden, und anders als hier ist eine AFG-Förderung auch vorgesehen, wenn die Weiterbildungsmaßnahme durch Hoch- oder Fachhochschulen getragen werden.

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in der DDR eher als bei uns mit bis zu 100% des Entgeltes bezuschußt.
- Im Unterschied zur BRD besteht auch dann ein Rechtsanspruch auf Kurzarbeitergeld, wenn Betriebe keinerlei Überlebenschancen haben. In den ausfallenden Arbeitsstunden sollen die Arbeitnehmer für z.B. Aufräumarbeiten eingesetzt werden, überwiegend jedoch soll die Zeit für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Ferner muß der Bezieher von Kurzarbeitergeld für die Vermittlung in andere Arbeitsverhältnisse zur Verfügung stehen.

Grundvoraussetzung für den Erfolg der Qualifizierungsmaßnahmen ist die Motivation der Arbeitnehmer. So wurde betont, daß Eigeninitiative, Anpassungsfähigkeit und Bereitschaft, ins eigene Humankapital zu investieren, die Bausteine für eine erfolgreiche Qualifikation bilden. In einer Marktwirtschaft verläuft der Wettbewerb nicht nur zwischen Betrieben, sondern auch zwischen Arbeitnehmern. Dies ist für die Beschäftigten in der DDR eine neue Rahmenbedingung, die bei einzelnen die Angst vor der Zukunft schürt. Deshalb, so wurde mehrfach hervorgehoben, sei es wichtig den Beschäftigten in der DDR Mut zu machen und sie aus einer Sicht der Ausweglosigkeit - die ja in dieser Weise nicht besteht - herauszuführen.

Mehrere Tagungsteilnehmer aus der DDR, und hier erwartungsgemäß vor allem Führungskräfte aus den Betrieben, begrüßten, daß dieses brisante Thema angesprochen wurde. Allgemein, so die Aussage eines Generaldirektors, ließe sich feststellen, daß inzwischen der Krankenstand um 40% zurückgegangen sei und die Arbeitnehmer ihre Beschäftigung wesentlich ernster nähmen. Das nun geforderte unternehmerische Denken in Eigeninitiative ist jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Ein Vertreter aus der DDR zeichnete folgendes Bild:

- 20- bis 30jährige handelten bisher am agilsten. Für sie liegt in der neuen Ordnung nicht nur eine Last, sondern auch die Chance für einen Neuanfang.
- 45- bis 60jährigen bereitet die Anpassung besondere Schwierigkeiten. Sie sind oft von der Überlegung beherrscht, sich vielleicht doch nicht den neuen Rahmenbedingungen stellen zu müssen und bald das rettende Ufer der Rente erreichen zu können.
- Leitende Angestellte befinden sich in besonderem Maße in einer Identitätskrise. Sie scheuen sich, Eigeninitiative und das erforderliche neue unternehmerische Denken zu praktizieren, da ihre Positionen noch nicht gefestigt sind. Dieser Anpassungsprozeß wird vermutlich noch einige Monate in Anspruch nehmen.

Die Arbeitsmarktproblematik wurde am Beispiel des IFA-Werkes Zwickau konkretisiert und illustriert. IFA hat bisher mit einem Beschäftigungsstand von 7000 Mitarbeitern produziert. Eine Zusammenarbeit mit der Volkswagen AG ist ver-

einbart, in drei Jahren sollen neuen Produktionsstätten für 7000 Beschäftigte am Standort Zwickau eingerichtet sein. Wie sollen nun die Arbeitnehmer diese drei Jahre überbrücken? Hier würde sich das schon angesprochene Modell einer Finanzierung der Arbeitnehmer mithilfe von Kurzarbeitergeld anbieten. Außerdem werden voraussichtlich finanzielle Hilfen nach dem AFG für Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, da eine Ausstattung des Produktionsstandortes auf hohem technologischem Niveau und damit steigende Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmer erwartet werden.

d) Kapitalhilfen für Unternehmen

Übergangshilfen für die DDR in Form von zinsvergünstigten Darlehen oder Zuschüssen sind unerlässlich. Kapitalhilfen werden in erster Linie in Form von zinsgünstigen Darlehen für Unternehmen bereitgestellt. Die Vergabe dieser Fördermittel erfolgt primär durch drei bundesdeutsche Institutionen, wobei die Antragsstellung bei der Hausbank zu erfolgen hat:

- Die Deutsche Ausgleichsbank, ein überregional arbeitendes Kreditinstitut des Bundes, fördert in erster Linie Existenzgründungen und Kleinunternehmen.
- Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), eines der wichtigsten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, das bundesweit tätig ist, gewährt Kredite für Investitionen der gewerblichen Wirtschaft im In- und Ausland, insbesondere des Mittelstandes.
- Die Berliner Industriebank AG vergibt Kredite an die Tourismusbranche, insbesondere für die Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Hotels, Gaststätten und Pensionen in der DDR.

Der Grundstock der Kreditgewährung dieser Institutionen ergibt sich aus dem European Recovery Program (ERP), welches durch jeweils eigene Programme der Banken ergänzt wird. Im folgenden ist es nur möglich, auf einige ausgewählte Förderhilfen einzugehen, die für die DDR-Wirtschaft besondere Bedeutung haben. Die Konditionen wurden in vielen Fällen für Unternehmen der DDR verbessert.

Die Deutsche Ausgleichsbank ist wie erwähnt vor allem auf Existenzgründungen und auf die Förderung kleinen Unternehmen spezialisiert. Sie verwaltet einen Teil des ERP-Sondervermögens (Existenzgründungsprogramme, Umweltschutzprogramme, strukturpolitische Programme). Im Jahr 1989 vergab sie ein Kreditvolumen von 5 Mrd. DM; in diesem Jahr wird diese Summe wesentlich aufgestockt. In der Bundesrepublik wurden mit dem Existenzgrün-

dungsprogramm laut Aussage eines Vertreters der Bank ca. 4 Arbeitsplätze pro Existenzgründung geschaffen. Diese Zahl wird nach seiner Einschätzung in der DDR nicht von Anfang an zu erreichen sein, sie gibt jedoch einen Hinweis auf das Potential, das in der Gründung von Kleinstunternehmen liegt. Bisher wurden ca. 10.000 Anträge auf Förderung von DDR-Bürgern gestellt, davon sind schon zwei Drittel bewilligt. Es handelt sich dabei vor allem um Existenzgründungen oder die Festigung von Existenzen im Handwerk, Einzelhandel, Kleingewerbe und Beherbergungsgewerbe.

Ein besonders günstiges Programm zur Erleichterung des Sprunges in die Selbständigkeit stellt, insbesondere für DDR-Betriebe, die Eigenkapitalhilfe zur Existenzgründung dar. Im Rahmen dieses Programms gewährt die Deutsche Ausgleichsbank Darlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter, um das Eigenkapital der Existenzgründer aufzustocken. Die Bank übernimmt unbeschränkte Haftung gegenüber Dritten; im Insolvenzfall tritt der Unternehmer zurück. Bis zu 40% der Investitionssumme, höchstens jedoch 400.000 DM pro Person werden als Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Bei Gemeinschaftsgründungen mehrerer Unternehmer läßt sich auf diese Weise ein nicht unerhebliches Startkapital zusammentragen. Die Eigenkapitalhilfe hat eine Laufzeit von 20 Jahren, wobei die ersten 10 Jahre tilgungsfrei sind. Das Darlehen wird in den ersten drei Jahren zinslos gewährt, der Zinssatz beträgt im vierten Jahr 2 Prozent, im fünften Jahr 3 Prozent, im sechsten Jahr 5 Prozent, ab dem siebten Jahr wird der Kapitalmarktzins verrechnet. Damit ergibt sich ein durchschnittlicher Zinssatz von 5 Prozent in den ersten 10 Jahren, wenn ein Kapitalmarktzins von 8 oder 9% unterstellt wird. Für die DDR wurden einige Bedingungen zusätzlich verbessert:

- Die im Bundesgebiet geltende Altersbegrenzung von 50 Jahren ist aufgehoben; die Laufzeit wird jedoch um die Jahre verkürzt, die das 50. Lebensjahr übersteigen.
- Nicht nur neu zu gründende Unternehmen, sondern auch bestehende Unternehmen können die Eigenkapitalhilfe beantragen, wenn die Investition einer Neugründung gleichkommt. Gerade bei den Handwerksbetrieben in der DDR wird dieser Fall die Regel sein, wenn sich ein Handwerksunternehmen komplett neu ausrüsten muß, um am Markt bestehen zu können.

Die KfW ist mit der Umsetzung einer Vielzahl öffentlicher Programme auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung betraut. Die Förderung erfolgt durch Mittel aus dem ERP-Vermögen sowie inzwischen erwirtschaftete Eigenmittel. Schwerpunkt der Förderung sind Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen. Neben der reichhaltigen Zahl von Programmen für die Bundesrepublik hat die KfW

inzwischen drei Programme für die DDR mit besonders günstigen Konditionen eingerichtet:

- das ERP-Modernisierungsprogramm DDR, zur allgemeinen Modernisierung, Erweiterung und Produktivitätssteigerung der Unternehmen
- das ERP-Luftreinhaltungsprogramm DDR zur Vermeidung bzw. Verhinderung erheblicher Immissionen.
- das ERP-Abwasserreinigungsprogramm DDR insbesondere zur Vermeidung bzw. erheblichen Verminderung von Abwässern bei Unternehmen

Die Programme zielen auf private Unternehmen aus der Bundesrepublik und der DDR, freie Berufe und auch ausländische Unternehmen, die gemeinsam oder auch allein in der DDR investieren wollen und einen Jahresumsatz von 50 Mio. DM nicht überschreiten. Als private Unternehmen sind solche anzusehen, die sich mehrheitlich in privatem oder genossenschaftlichem Eigentum befinden und in selbständiger unternehmerischer Verantwortung geführt werden. Die Konditionen der genannten Programme für die Darlehen der KfW unterscheiden sich kaum: 100% Auszahlung, 7,5% Zinsen, 15 Jahre Laufzeit, (Bauvorhaben bis zu 20 Jahre) bei höchstens fünf tilgungsfreien Anlaufjahren.

Bei der Antragsberechtigung dagegen wurde eine Differenzierung der Bedingungen für Unternehmen aus der Bundesrepublik und der DDR vorgenommen:

- Für bundesdeutsche Unternehmen gilt ein Kredithöchstbetrag von 300.000 DM. Liegt der Jahresumsatz des Unternehmens unter 10 Mio. DM, beträgt der Finanzierungsanteil durch Darlehen der KfW höchstens Hälfte der Investition, - liegt der Jahresumsatz darüber, wird ein Drittel durch die KfW finanziert.
- Für DDR-Unternehmen gilt ein Kredithöchstbetrag von einer Mio. DM. Eine Umsatzhöchstgrenze ist hier nicht angegeben. Der Finanzierungsanteil liegt bei höchstens 50% der Investitionssumme.
- Bei deutsch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen erfolgt die Finanzierung entsprechend den Anteilen der beteiligten Unternehmen.

Die Struktur der bisher gestellten Anträge lassen bei Investitionen in der DDR pro einer Mio. DM Investitionen ca. 10 Arbeitsplätze erwarten (Vergleich BRD bei ERP-Regionalprogramm: pro eine Mio. Investition 5 Arbeitsplätze). Aus der DDR sind bisher 10.000 Anträge eingegangen, vor allem aus dem Handwerk. 10 Prozent davon kamen aus dem Bezirk Chemnitz. Knapp 50% der Anträge aus Chemnitz kamen aus dem Bereich des verarbeitenden Gewerbes (Holzverarbeitung, Fahrzeugbau bzw. Reparaturwerkstätten, Elektrobranche), 21% aus dem Baugewerbe und 13% aus dem Güter- und Personenverkehr.

Nach Aussage der Vertreterin der KfW können die ERP-Programme speziell für die DDR durch die aus Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanzierten folgenden Programme, die auch für das Gebiet der Bundesrepublik Geltung haben, bis auf 75% der Investitionssumme aufgestockt werden:

- KfW-Mittelstandsprogramm zur Sicherung, Errichtung und Erweiterung von Unternehmen
- KfW-Umweltprogramm zur Beseitigung oder Vermeidung von Luftverschmutzungen, Geruchsemissionen, Lärm, Erschütterungen, Abwässer und Abfällen

Diese Programme sind jedoch primär auf mittelständische Unternehmen aus beiden Teilen Deutschlands mit einem Jahresumsatz von unter 500 Mio. DM ausgerichtet. Die Zinsverbilligung der KfW-Darlehen gegenüber dem Kapitalmarktzins liegt bei einem halben bis einem Prozent, bei einer Höchstzuteilung von 10 Mio. DM und einer Laufzeit von 10 Jahren, von denen zwei Jahre tilgungsfrei sind. Hier darf der Finanzierungsanteil durch die KfW im Regelfall zwei Drittel der Investitionssumme nicht überschreiten.

Eine Frage wurden nachhaltig und kontrovers diskutiert. Sie bezog sich auf das Antragsvolumen von Unternehmen aus der DDR im Verhältnis zu demjenigen aus der Bundesrepublik bei dem ERP-Moderisierungsprogramm DDR. Von seiten der DDR-Vertreter bestanden Befürchtungen, daß die Unternehmen aus der Bundesrepublik DDR-Unternehmen aus dem Kreditprogramm verdrängen könnten. Gemessen an der Zahl der Antragsteller scheint dies nicht der Fall zu sein, eher jedoch erwartungsgemäß bei der Höhe des Kreditvolumens. Bislang beantragten 9000 Unternehmen aus der DDR und 1000 Unternehmen aus der Bundesrepublik Förderdarlehen. Das beantragte Kreditvolumen aus der DDR und der BRD verhält sich jedoch genau umgekehrt (also 9:1 zugunsten der BRD), was zunächst den lautstarken Unmut der Konferenzteilnehmer aus der DDR hervorrief. Dieses Relation gilt jedoch nach Aussage der Vertreterin der KfW nicht für die bewilligten Darlehen: Nach dem Stand von 11.6.1990 wurden bisher Darlehen in der Höhe von insgesamt 960 Mio. DM bewilligt. Davon entfielen jedoch 730 Mio. DM auf DDR-Betriebe und 230 Mio. DM auf bundesdeutsche Betriebe.

Weit strittiger unter den Konferenzteilnehmern war die Einschränkung der Förderprogramme auf- wie oben dargestellt - private Unternehmen bzw. Unternehmen in mehrheitlich privatem Besitz. Ein Regierungsbevollmächtigter kritisierte vehement den weitgehenden Ausschluß der staatlichen und halbstaatlichen

Betriebe. Ihnen sei damit der Weg zu einer schnellen Umstrukturierung verwehrt. Er selbst empfehle bei der Privatisierung den meisten Unternehmen einen Teil des Vermögens in staatlicher Hand zu belassen. Damit stelle die Vergaberichtlinie eine unnötige, wenn nicht gar schädliche Regelung dar. Dieser Ansicht wurde jedoch entgegengehalten, daß auf diese Art und Weise ein Anreiz zur schnellstmöglichen Privatisierung gegeben sei. Die Vertreterin der KfW konnte die Wogen mit dem Hinweis darauf glätten, daß die KfW für staatliche und halbstaatliche Betriebe einen Fond für Direktkredite einrichte. Darlehen würden aber nur für dringend benötigte Materialien und Investitionen gewährt.

Insgesamt wurde das zur Verfügung stehende Instrumentarium im Bereich der Kapitalhilfen für Unternehmen als ausreichend und schlagkräftig erachtet. Darüber, ob zusätzlich Programme mit regionaler Differenzierung notwendig seien, bestand Uneinigkeit. Flächendeckende Programme haben aber nach wohl übereinstimmender Meinung der Tagungsteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt Vorrang, weil die Hauptprobleme in einer prinzipiellen Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft zu Unternehmen, die in einer Marktwirtschaft bestehen können, liegen.

e) Boden- und Flächenpolitik, Ansiedlungspolitik

Die prinzipielle Bereitstellung von Gewerbeflächen läßt sich durch entsprechende gesetzliche Regelungen schnell lösen, so wie sie sich im Gesetz vom 22.5.1990 bereits finden. Alles deutete zum Konferenzzeitpunkt Mitte Juni 1990 daraufhin, daß alsbald das bundesdeutsche Bodenrecht auch in der DDR eingeführt wird. Erwartet und für wünschenswert gehalten wurden dabei Regelungen, die den Anreiz zu Bodenspekulationen und überhöhte Spekulationsgewinne aus dem Handel mit Boden verhindern oder abschöpfen.

Folgende Empfehlungen westdeutscher Kommunalpolitiker mit einschlägigen Erfahrungen auf dem Gebiet der kommunalen Boden- und Flächenpolitik sollten noch einmal festgehalten werden:

- Die Kommunen der DDR müssen auf schnellstmöglichem Wege Flächennutzungspläne erstellen, um Schäden aus einer unkoordinierten Flächennutzung zu vermeiden, die sich in der Regel auch nicht mehr rückgängig machen lassen.
- Darüber hinaus sollte die Flächennutzungsplanung aus einem übergeordneten Konzept für Stadtentwicklung abgeleitet sein.

- Dieses Konzept sollte nicht nur sogenannte "harte" Faktoren für die regionale Entwicklung einbeziehen (erwartete Bevölkerungszahl, erwartete Betriebsstruktur etc.), sondern auch qualitative oder "weiche" Standortfaktoren berücksichtigen, die für die Standortwahl vieler Unternehmen zunehmendes Gewicht bekommen. Dabei sind insbesondere zu nennen: kulturelle Einrichtungen, Freizeit- und Erholungseinrichtungen, Versorgung und Qualität von Einrichtungen für Kinder, das Stadtbild, das Image etc. Eindringlich wurde davor gewarnt, das Heil allein in westlichen Lösungen zu suchen. Fehler, die im Westen in der Stadtentwicklung gemacht worden seien, sollten vermieden werden und es sollte versucht werden, den Vorteil des völligen Neubeginns zu nutzen.
- Unternehmen gehen in der heutigen Zeit davon aus, daß Flächen bereits im Besitz der Kommunen sind, wenn über eine Ansiedlung verhandelt wird. Es darf nicht passieren, daß nach Abschluß der Verhandlungen über die Ansiedlung erst die Verhandlungen über einen Verkauf der Flächen durch die ehemaligen Eigentümer erfolgt.
- Die Kommune sollte sich im klaren darüber sein, welche Art von Gewerbe sie anziehen will.
- Dann ist auch möglich, die Flächen bereits mit geeigneten Infrastrukturausstattungen zu versorgen. Der Vertreter der Stadt Hamm wies beispielsweise darauf hin, daß ca. 80% der Mittel der kommunalen Wirtschaftsförderung auf die Bereitstellung und Ausstattung von Flächen verwendet werden.

Gerade für die Region Chemnitz erscheint eine Forcierung der Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen aus der Tourismusbranche sinnvoll, da sich auf diese Weise eine interessante Mischung aus einerseits stark industrialisiertem Gebiet, und andererseits hohem Freizeitwert und Freizeitinfrastruktur im Gebiet des Erzgebirges erreichen läßt. Dies steigert die Standortattraktivität der gesamten Region erheblich.

Die Ansiedlung von westdeutschen Betrieben wurde von den DDR-Politikern ambivalent betrachtet. Einerseits sei nicht zu leugnen, daß durch Unternehmen aus der Bundesrepublik ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet werde, andererseits wurden massive Vorbehalte zum Ausdruck gebracht:

- Es gibt Befürchtungen, daß in der DDR allenfalls "verlängerte Werkbänke" entstehen, wie dies auch bei der Regionalförderung in der Bundesrepublik oftmals der Fall gewesen ist.
- Vorbehalte wurden gegenüber bisherigen Joint Ventures mit der Bundesrepublik geäußert, weil die westdeutschen Unternehmen überwiegend die Mehrheit anstreben.
- Es besteht natürlich auch die - wohl nicht unbegründete - Angst, daß die bundesdeutschen Unternehmen die Unternehmen der DDR einfach "überrollen" und aus dem Markt drängen.

Die Ansiedlung ausländischer Unternehmen wäre aus Sicht von DDR-Vertretern wünschenswert, ist bislang jedoch weitgehend ausgeblieben. Für die Region Chemnitz lagen bisher drei Absichtserklärungen aus dem europäischen Ausland vor. Unternehmen aus Übersee verhalten sich bisher sehr zögerlich. Ein Vertreter des World Trade Centers Ruhrgebiet (das World Trade Center ist mittlerweile auch mit Leipzig in der DDR etabliert) vertrat jedoch die Ansicht, das ausländische Kapital stehe der DDR nicht ablehnend gegenüber, sondern verharre lediglich in Wartestellung bis die staatlichen Rahmenbedingungen geklärt seien. Das Ausland verfüge zudem über nur unzureichende Informationen zur Lage in der DDR und zum Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Insofern ist für diese Unternehmen eine Investition in der DDR mit wesentlich stärkeren Unsicherheiten verbunden als für Unternehmen aus der Bundesrepublik.

Ein Volkskammermitglied der SPD wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Entwicklung der DDR nicht als deutsch-deutsches Problem begriffen werden dürfe, sondern die europäische bzw. weltwirtschaftliche Komponente einzubeziehen sei. Aus ausländischer Sicht liege die DDR in Bezug auf Qualität und Niveau der industriellen Produktion zum Beispiel mit Portugal und Spanien im Wettbewerb. Dieser EG-Maßstab sei anzulegen, da für ausländische Unternehmen der Binnenmarkt der DDR in der Regel zu klein ist. Eine negative Rolle bei den Investitionsüberlegungen ausländischer Unternehmen dürfte auch die zu erwartende Lohnentwicklung in der DDR darstellen. Die Angleichung des Lohnniveaus der DDR an das Lohnniveau der Bundesrepublik wird nach pessimistischer, weitverbreiteter Einschätzung der Produktivitätssteigerung weit voraussehen. In dieser Hinsicht dürften Portugal und Spanien einen Wettbewerbsvorteil aufweisen. Langfristig - so die allgemeine Hoffnung - werden allerdings diese Länder nicht so schnell wie die DDR aufschließen können.

f) **Beratungsleistungen, Informations- und Technologietransfer**

Auf dem Felde der Unternehmensberatung, der bei dem Aufbau des marktwirtschaftlichen Systems in der DDR eine besondere Bedeutung zukommt, existieren in der Bundesrepublik verschiedene Organisationsformen und Arten der Trägerschaft. Hierbei besteht die Tendenz zur Organisation in Form einer privaten Unternehmung als GmbH, deren Gesellschafter die Kommunen, Kammern und Verbände, aber auch Unternehmen sein können. Auch existieren eine Vielzahl rein privatwirtschaftlich organisierter Beratungsunternehmen ohne Beteiligung öffentlicher Träger. Auf der Konferenz wurden die Beratungsleistungen

zweier westdeutscher Institutionen vorgestellt, die auch bei der Modernisierung der DDR-Wirtschaft von Nutzen sein dürften: des Zentrums für Innovation und Technik GmbH (Zenit) in Mülheim an der Ruhr (mit öffentlicher Beteiligung) und des World Trade Center GmbH (WTC) aus dem Ruhrgebiet und Leipzig (ohne öffentliche Beteiligung).

Zenit ist im wesentlichen auf die Bereiche Technik, Management und Marketing spezialisiert:

- Unabhängige Zenit-Fachleute beraten Anwenderunternehmen, mit welchen neuen Techniken Produkte und Verfahren verbessert werden können. Beim Zuschnitt der Systemlösungen werden die jeweiligen spezifischen betrieblichen Bedingungen berücksichtigt.
- Technik allein löst jedoch noch keine Probleme. Lassen neue Kommunikationstechniken über die Computervernetzungen innerhalb des Betriebes neue Organisationsformen zu, müssen dem Unternehmen Hilfen bei der betrieblichen Reorganisation geboten werden.
- Auch die Einführung von Innovationen erfordert ein gut organisiertes Innovationsmanagement. Alte Abläufe müssen mit den neuen abgestimmt, Mitarbeiter umgeschult werden etc.
- Die Einführung neuer Technik ist in der Regel mit einem hohen Kapitalaufwand verbunden. Dazu berät Zenit über Förderprogramme von Land, Bund und EG.
- Gerade bei der Herstellung neuartiger Produkte werden präzise Recherchen und Analysen neuester Markttrends benötigt. Zenit bietet branchenbezogene und unternehmensspezifische Marktstudien, Analysen sowie Datenbankrecherchen an und unterstützt die Entwicklung geeigneter Marketingstrategien.
- Auch der Bereich der Weiterbildung wird unterstützt. Unternehmer und ihre Mitarbeiter haben die Möglichkeit, sich durch Publikationen, Seminare, Workshops, Vorträge und praktische Vorführungen des Zentrums Grund- und Spezialkenntnisse anzueignen. Außerdem wird die - staatlicherseits geförderte - Vermittlung qualifizierter Innovationsassistenten und -praktikanten angeboten.
- Zenit hat in Nordrhein-Westfalen durch enge Kontakte zur Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und zu Kreditinstituten ein regelrechtes "Netzwerk" aufgebaut. Auf diese Weise lassen sich spezielle Probleme leichter lösen, aber auch Kooperationen auf bestimmten Gebieten schneller vermitteln.
- Weiterhin stehen Labors zur Verfügung, in denen Expertensysteme, Hard- und Software demonstriert und getestet werden.
- Nicht zuletzt verfügt Zenit über eine EG-Beratungsstelle, in der Fragen zur europäeinheitlichen Normung, zu EG-Förderprogrammen aber zu Standards und grenzüberschreitenden Kooperationsmöglichkeiten geklärt werden können.

Das Zentrum für Innovation und Technik wird von 30 qualifizierten Beraterinnen und Beratern geführt und setzt sich aus einem interdisziplinären Team von Ingenieuren, Informatikern, Naturwissenschaftlern, Betriebs- und Volkswirten mit meist langjähriger Erfahrung in Führungspositionen zusammen. Auf diese Weise ist eine fächerübergreifende Problemlösung gewährleistet. Zum Selbstverständnis dieser Institution gehört, sich "ins Gerede" zu bringen, und zwar im positiven Sinne: Je größer die Zahl der Kunden ist, je mehr Beratungen gemacht worden sind, und je stärker Innovationen gefördert wurden, desto größer ist das Verständnis für weitere technologische Neuerungen. Auch wird das Netz von Hilfestellungen und möglichen Kooperationen sowie die Auslastung und Vollständigkeit der Datenbanken zur Umwelt und zur Mikroelektronik, Biotechnologie, Fertigungstechnik und neue Werkstoffe laufend erweitert.

Das WTC ist auf den Ausbau des internationalen Handels ausgerichtet. WTC umfasst 204 regionale Büros in 42 Ländern, denen wiederum 400.000 Unternehmen angeschlossen sind. Der WTC Association liegt die Idee zugrunde, daß Handelsverbindungen und Kooperationen zwischen Unternehmen auf internationaler Ebene aus mehreren Gründen nicht zustande kommen bzw. später scheitern, und zwar vor allem:

- aufgrund mangelnder Informationen im Inland über ausländische Anbieter, Märkte und nationale Bestimmungen und Standards,
- durch sprachliche Barrieren,
- durch die Unkenntnis nationaler und kultureller Eigenheiten, die zu Unsicherheiten beim Auftreten aber auch zu Mißverständnissen beim Umgang miteinander führt.

Durch die Kontaktbüros des WTC sollen die benötigten Informationen beschafft, in kulturelle Gepflogenheiten eingeführt, sprachliche Dienste bereitgestellt und durch die Unterhaltung eines elektronischen Mailbox-Systems die Kommunikation erleichtert werden. Mit der Gründung des WTC Leipzig wird dieses Angebot auch der DDR-Wirtschaft zur Verfügung gestellt, zugleich führt die weltweite Verbreitung von WTC's zu einer Stärkung des internationalen Interesses an der Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der DDR.

In der DDR selbst steht das Know-how, das zur Erstellung derartiger Beratungsleistungen vorhanden sein muß, zur Zeit nicht zur Verfügung. Umso wichtiger ist es, daß sich neue Beratungsinstitutionen in der DDR bilden und diese

Kooperationspartner in der Bundesrepublik suchen, um auf diesem Wege möglichst schnell Anschluß an die Entwicklung in den Industriestaaten zu finden.

Positiv hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang mehrfach die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geförderte Gründung des Technologiezentrums Dresden, das auch vom Technologiezentrum Dortmund getragen wird. Bei Technologiezentren handelt es sich jedoch nicht ausschließlich um die Bereitstellung einer Beratungsleistung, sondern hier wird vor allem für technologieorientierte Unternehmen der Gewerberaum und die Infrastruktur bereitgestellt. Weitere Möglichkeiten bestehen darin, die direkte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmungen (public-private-partnership) zu forcieren. Gerade in der DDR sind auf diesem Gebiet brachliegende Potentiale zu erwarten.

g) **Nutzung der Potentiale der DDR und der Region Chemnitz, Informations- und Imagepolitik**

Von westdeutscher Seite wurden die DDR-Vertreter dazu aufgefordert, sich verstärkt auf die Potentiale und Vorzüge der DDR zu besinnen und mitzuhelfen, verlorengegangenes Selbstvertrauen zurückzugewinnen. Ein westdeutscher Experte auf dem Gebiet der regionalen Strukturpolitik verwies darauf, daß auch in der bundesdeutschen regionalen Strukturpolitik seit Mitte der 70er Jahre mit der einsetzenden Beschäftigungskrise verstärkt der Blick auf die spezifischen Potentiale einer bestimmten Region gerichtet werden. Er stellt folgende Potentiale der DDR heraus:

- In der DDR sind breite Sprachkenntnisse aus den Ländern der RGW vorhanden, während in der Bundesrepublik diese Sprachen nur periphere Beachtung finden.
- Die unter den RGW-Staaten ausgehandelten Lieferverpflichtungen, deren Einhaltung zur Versorgung in bestimmten Bereichen unabdingbar ist, müssen bedient werden, stellen also Absatzmöglichkeiten dar.
- Nicht nur die Sprache, sondern auch die Mentalität der Menschen in den RGW-Ländern ist durch langjährige wirtschaftliche Kontakte bekannt.
- Für den Westen und auch besonders aus EG-Sicht könnte die DDR den "Brückenkopf" für den Handel in den Osten bilden.
- Diese Funktion als Drehscheibe zum Osten gewinnt insofern an Bedeutung, als in den anderen RGW-Ländern nach den dort ebenfalls vollzogenen gesellschaftlichen Veränderungen die Neigungen zum vermehrten West-Handel, aber auch zu verstärkter Kooperation mit West-Unternehmen gestiegen sind.

- Die DDR ist kein Agrarstaat, dies gilt insbesondere auch für die Region Chemnitz. Technologisches Verständnis und industrielle Erfahrung sind vorhanden. Insofern unterscheidet sich die DDR wesentlich von den südlichen Teilen der EG.

Die westdeutschen Kollegen wiesen jedoch mehrfach daraufhin, daß es nicht nur genügt, diese Dinge zu wissen, sondern daß auch die Verbreitung dieser Information aktiv voranzutreiben sei. In einem marktwirtschaftlichen System sind die einzelnen Akteure selbst verantwortlich für die Verbreitung der Information. Auch in der Bundesrepublik mußten viele Kommunen beispielsweise schmerzliche Erfahrungen mit von ihnen geschaffenen Technologietransferstellen machen, da sie entweder keine oder nur unzureichende oder aber eine gar gänzlich falsche Informationspolitik über ihr Angebot betrieben. Deshalb - und an dieser Stelle ergibt sich wieder der Bezug zur geeigneten organisatorischen Gestaltung der Regionalpolitik - müsse sich jede Region im Rahmen einer konzertierten Aktion aller Akteure in der Region Gedanken darüber machen, wo ihre spezifischen Potentiale liegen, wie sie diese einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen können, aber auch wie sie diese Potentiale weiterhin pflegen und weiterentwickeln können.

3. **Zusammenfassung und Ausblick: Chancen für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft**

Der Weg der DDR in die Marktwirtschaft wird nicht ohne Struktureinbrüche und Friktionen vonstatten gehen. Chancen für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft zeichnen sich jedoch hinlänglich ab, wobei in der Konferenz folgenden Reformaspekten und Potentialen ein besonderes Gewicht beigegeben wurde, die hier noch einmal zusammengefaßt sind:

In der DDR - und in der Region Chemnitz noch weitaus mehr - ist eine starke Unterrepräsentation des tertiären Sektors zu verzeichnen. Dies gilt sowohl für sogenannte unproduktive wie auch für produktionsorientierte Dienstleistungen. Gerade die Zunahme der produktionsorientierten Dienstleistungen muß forciert werden. Einfachere Dienstleistungen, wie z.B. in der Gastronomie und im Beherbergungsgewerbe, werden sich aufgrund des geringeren Kapitalbedarfs und der größeren Möglichkeiten für Eigeninitiative auch ohne gezielte Hilfe entwickeln.

Eine Schrumpfung bestimmter Branchen wird sich nicht vermeiden lassen. Bei den meisten Branchen dürfte jedoch jetzt der Schwerpunkt auf einer Modernisierung innerhalb der Branche liegen.

Die für die Region Chemnitz besonders wichtige Textilbranche wird angesichts der Konkurrenz aus den Schwellenländern vom Wechsel aus der Plan- in die Marktwirtschaft besonders stark betroffen sein, massive Beschäftigungsfreisetzen sind zu erwarten. Überlebenschancen - bei stark geschrumpfter Beschäftigungszahl - ergeben sich nur dort, wo eine Betriebsstruktur mit hochtechnologischen Produktionsanlagen und schnellem, flexiblen Anpassungsvermögen realisiert werden kann. Die Führungskräfte der Chemnitzer Textil- und Bekleidungsindustrie schätzten die Entwicklung durchaus realistisch ein, und legten darüberhinaus einen kreativen und entscheidungsfreudigen Pragmatismus an den Tag.

Die Entflechtung von Kombinat, volkseigenen Betrieben, und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit ihrer ausgeprägten vertikalen Produktionstiefe muß schnellstmöglich vorangetrieben werden. Die schwerfälligen und überdimensionalen over-heads der Betriebe gilt es aufzulösen. Es sind Unternehmensgrößen zu bilden, die eine flexible Reaktion auf Marktbedingungen ermöglichen. Zur Unterstützung dieses Umstrukturierungsprozesses ist eine staatliche Anschubfinanzierung sinnvoll und unerlässlich.

Die Preispolitik muß sobald wie möglich den tatsächlichen Kostenstrukturen und Knappheitsverhältnissen angepaßt werden. Bestehende Lieferverträge gegenüber RGW-Staaten, aber auch gegenüber der Bundesrepublik werden allerdings nicht ohne befristete Subventionen einzuhalten sein.

Die Löhne bzw. die Lohnsteigerungen sollten die Produktivität bzw. deren Steigerung nicht wesentlich übersteigen. Für die Beschäftigten in der DDR wird dies allerdings schwer zu akzeptieren sein, da sie den Wert ihrer Arbeit nicht als geringer einschätzen als denjenigen der in der Bundesrepublik Beschäftigten. Arbeitslosigkeit wird sich schon aus der Tatsache ergeben, daß aufgrund des Rechtes auf Arbeit ein nicht unerhebliches Ausmaß an versteckter Arbeitslosigkeit existierte.

Zentrale Entscheidungsstrukturen im staatlichen Sektor sollten so schnell wie möglich abgebaut werden. Den unteren Verwaltungsebenen, aber insbesondere den Kommunen, sind hinreichende Entscheidungsbefugnisse einzuräumen, die sie in die Lage versetzen, eine an den Belangen und Problemen der Region orientierte Gewerbepolitik, Flächen- und Städtebaupolitik zu betreiben.

Eine Grundvoraussetzung für die Modernisierung liegt in der geeigneten Motivation der Bevölkerung. Daher gilt es, bei den in über vierzig Jahren Planwirtschaft eigener Entscheidung entwöhnten DDR-Bürgern die Eigeninitiative zu wecken und staatliche Eingriffe auf solche Maßnahmen zu beschränken, die dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. Dazu ist es notwendig, daß die politischen wie auch die wirtschaftlichen Vorgänge, deren Sinn und Zweck sowie deren Wirkung, transparent gemacht werden. Beispielsweise scheint den Bürgerinnen und Bürgern der DDR der Kreislaufzusammenhang zwischen dem Kauf westlicher Güter und der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze nicht hinreichend bewußt zu sein.

Die in der Bundesrepublik entwickelten strukturpolitischen Konzepte können durchaus Vorbildcharakter für die DDR haben, zumindest jedoch wertvolle Orientierungshilfen bieten. Die regionale Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, daß die Modernisierung ganzer Regionen möglich ist. Wichtig sind dabei folgende Komponenten:

- Die Formulierung eines Leitbildes für die Umstrukturierung. In Nordrhein-Westfalen war dies das Leitbild einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung des Wirtschaftens, das in vielen Einzelprogrammen ausformuliert werden mußte.
- Die Durchführung der regionalen Strukturpolitik sollte in den Regionen selbst verantwortet werden. Basis sollten integrierte regionale Entwicklungsprogramme sein.
- Durch die Beteiligung möglichst aller regionalen Institutionen, Trägerorganisationen und Akteure an der Formulierung, Konzeption und Durchführung regional- und strukturpolitischer Aufgaben kann die Motivation aller Beteiligten gesteigert und können traditionelle Verhaltensmuster durchbrochen werden.

Für einzelne Maßnahmen zur Modernisierung der DDR-Wirtschaft steht ein breites Spektrum an Instrumenten zur Verfügung. Ein großer Beschäftigungseffekt wird durch die Förderung von Existenzgründungen erwartet. Dazu steht u.a. ein schlagkräftiges Programm der Deutschen Ausgleichsbank zur Verfügung. Die Wichtigkeit der Modernisierung der Infrastruktur ist selbstredend. Die Qualifizierung von Arbeitskräften für den Einsatz neuer Technologien oder für Management- und Marketingtechniken sind für die Betriebe Grundvoraussetzungen, um im marktwirtschaftlichen Wettbewerb bestehen zu können. Qualifizierte Dienstleistungen in Form der Unternehmensberatung, im Technologiemarketing und Exportbereich sowie ein verstärkter Wissenstransfer zwischen Hochschulen und

Wirtschaft im Sinne der angesprochenen public-private-partnership können den Umstrukturierungsprozeß beschleunigen.

Bei der Boden-, Flächen- und Ansiedlungspolitik ist auf eine ausgewogene Industrie-, Wohn- und Freizeitstruktur zu achten. In der Bundesrepublik legen inzwischen Unternehmen, vor allem aber die hochqualifizierten Arbeitskräfte auf die Qualität und das Image des Standortes ein besonderes Augenmerk. Sogenannte weiche Standortfaktoren wie Umweltbedingungen oder Freizeitangebote gewinnen an Bedeutung. Fehler, die in der westdeutschen Ansiedlungs- und Städtebaupolitik in der Vergangenheit und auch heute gemacht werden, sind zu vermeiden, vielmehr sollte die Chance der Stunde null genutzt werden.

Die Industrie in der DDR und die Regionen müssen ihre spezifischen Potentiale identifizieren, sie nutzen und in der Öffentlichkeit publik machen, das Heil ist nicht ausschließlich in westlichen Vorbildern zu suchen. Gerade in dem sich immer mehr verschärfenden Wettbewerb reicht nicht das Vorhandensein von Fähigkeiten aus, mindestens genauso wichtig ist die Verbreitung der Informationen über die Existenz bestimmter Vorzüge und Potentiale.

Die DDR weist durchaus Standortvorteile auf, die es im marktwirtschaftlichen Wettbewerb einzubringen gilt. Durch die Kenntnisse der Sprache und der Mentalität in den RGW-Staaten eignet sie sich besonders als Brückenkopf für den Handel in den Osten.

Auch kann die DDR-Wirtschaft, anders als die meisten Länder (z.B. Portugal), die mit ihr um die Attrahierung von Direktinvestitionen von Industriestaaten konkurrieren, auf eine lange Tradition in der industriellen Produktion zurückblicken. Das Leistungs- und Qualifikationspotential ihrer Bürger ist ein bedeutendes Aktivum.

Die Perspektiven der DDR sind nach genauerer Betrachtung also nicht so ungünstig, wie sie oft bezeichnet werden. Zwar ist das Sachkapital in schlechtem Zustand und in weiten Bereichen stark veraltet; das Grundverständnis bei den Menschen für Erfordernisse einer modernen Volkswirtschaft, eine gute Qualifikationsbasis der Beschäftigten und ein kreativer Gestaltungswille bei vielen Akteuren in Wirtschaft und Politik ist jedoch vorhanden.

Bestand über den einzuschlagenden Weg bei den Konferenzteilnehmern weitgehende Einigkeit, so klafften die Vorstellungen einiger Fachleuten aus Ost und West über den Zeithorizont, in dem die grundlegende Erneuerung und der Anschluß an das westdeutsche Niveau erreicht werden können, weit auseinander. Während die DDR-Vertreter größtenteils davon ausgingen, daß die wichtigsten Schritte in ca. zwei bis fünf Jahren getan sein werden, hielten ihre bundesdeutschen Kollegen einen Zeithorizont von mindestens fünf bis zehn Jahren für realistisch. Diese Schätzungen bleiben jedoch Spekulation, ist doch der Übergang einer Planwirtschaft zu einer Volkswirtschaft mit marktwirtschaftlichem System bislang historisch ohne Vorbild.

Gesprächsleitung und Referenten

Gesprächsleitung

- Arne Börnsen, MdB, SPD-Bundestagsfraktion
- Jochen Wolf, SPD Potsdam, Leiter des Ratsbereichs für Regionalentwicklung und Raumordnung im Bezirk Potsdam, Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Potsdam

Referenten

Hauptreferate

- Dr. Ing. P.-W. Hellmann, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats des Bezirks Chemnitz, Stellvertretender Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Chemnitz
- Günter Lehmann, Direktor des Büros für Territorialplanung Chemnitz
- MinDirig. Reinhard Thomalla, Leiter der Abteilung Struktur- und Technologiepolitik im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

Kurzreferate

- Jochen Auerbach, Erzgebirgische Steinkohlenenergiegesellschaft, ESTEG-GmbH, Zwickau
- Hans-Georg Bartholomäi, Bankdirektor a.D., Deutsche Ausgleichsbank, Bonn
- Dr. Karl Bockelmann, Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, Dortmund
- Dr. Joachim Bräuninger, Humboldt-Universität, Berlin
- Dr. Rainer Buhr, World Trade Center Ruhrgebiet GmbH, Gelsenkirchen
- Dr. Alfred Förster, Mitglied der Volkskammer
- Volker Hepple, Dipl.-Wirtsch.-Ing., Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Aachen
- Peter Heyne, Generaldirektor des Kombinats Oberbekleidung Lösnitz
- Bertram Höfer, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Baumwollindustrie Sachsens und Thüringens e.V.
- Dr. Dieter Kraemer, Stadtdirektor der Stadt Hamm, Dezernent für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
- Ltd.MR Hans-Günther Oehlert, Ministerium für Wirtschaft und Technik, Hessen
- Angela Schoofs, Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen
- Dr. Petra Seidel, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt